Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Nekazanka 18.

Telephone: Tagesredaktion: 26795, 31469. Nachtredaktion: 26797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen. Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

| | |
|---|---|
| monatlich | Kč 16.– |
| vierteljährlich | „ 48.– |
| halbjährig | „ 96.– |
| ganzjährig | „ 192.– |

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

7. Jahrgang. Samstag, 12. Feber 1927. Nr. 36.

## Ein Todesstoß für die Demokratie.

Der Gesetzentwurf betreffend die Verwaltungsreform, liegt nun im Druck vor und die wichtigsten Bestimmungen finden unsere Leser an anderer Stelle. Sein Inhalt übertrifft die schlimmsten Erwartungen und stellt alle Befürchtungen, die nach den ersten Veröffentlichungen gehegt wurden, weit in den Schatten. Was in die Paragraphen dieses elenden Machwerkes der Reaktion zusammengedrängt ist, das ist der wuchtigste Schlag, der gegen die Demokratie geführt wird. Es ist Svehlas Meisterreich! Der Mann, der vor kurzem noch als der mögliche Nachfolger des Präsidenten genannt wurde, übertrifft sich darin selbst. Außer unter rein fascistischer oder absolutistischer Herrschaft hat es noch nie ein Land gegeben, wo etwas ähnliches gewagt worden wäre. Wenn die Reaktion nach Niederschlagung einer Revolution an die Macht gekommen wäre, so könnte sie nicht ärger wüten, als es hier geschieht. Die Demokratie wird wie wertloser Trödel in die Rumpelkammer gelegt, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, Bezirke und Länder der Bürokratie zum Fraß hingeworfen. Der Prager tschechische Zentralismus feiert Orgien, statt erhöhter Autonomie der Länder und Bezirke wird die Zentralgewalt der Regierung aufs äußerste gesteigert und das gleiche gilt von den Tschechisierungsmöglichkeiten. In die Hände der Regierung und der Bürokratie wird alle entscheidende Macht gegeben, die Landes- und Bezirksvertretungen zu pagodenhaften Nullen verurteilt und das fascistische Blatt, das die Verwaltungsreform, wie sie geplant ist, als die Diktatur der Bürokratie bezeichnet und sich über diesen ersten Schritt auf dem Wege zum Fascismus freut, hat damit recht. Herr Gajda kann seine Siebensachen einpacken, er hat in Svehla einen erfolgreicheren Konkurrenten gefunden. Der Polizeigeist, den jede Zeile des Entwurfes ausstrahlt, er hat bisher wirklich nur in dem Lande Mussolinis seinen Pflanzboden gehabt.

Ueber die Beseitigung der zwei deutschen Gaue, über die Beseitigung der Selbständigkeit Schlesiens, die Durchbrechung des Prinzips des allgemeinen Wahlrechtes bei der Zusammenstellung der Landes- und Bezirksvertretungen wurde schon vieles gesagt, und es wird den Gegenstand weiterer Erörterungen bilden. Mit der Veröffentlichung des Wortlautes des Regierungsentwurfes werden neue Einzelheiten bekannt, welche die Vorlage erst so recht in ihrer ganzen Schändlichkeit erkennen lassen. Charakteristisch für ihr Wesen und den Sinn, der ihr zugrunde liegt, ist schon ihre äußere Fassung. Sie beginnt nicht etwa mit der Erläuterung des Zweckes der Schaffung der neuen Verwaltungseinheiten, mit der Feststellung ihrer Gliederung und mit der Umgrenzung ihres Wirkungskreises, sondern — mit Polizeibestimmungen. Der ganze erste Teil handelt von der Strafgewalt der politischen Aemter, von den Strafen, die über ungehorsame Staatsbürger von diesen verhängt werden können, und so ist schon in der äußeren Form der Charakter des Gesetzes als der eines Polizeigesetzes ärgster Art markant zum Ausdruck gebracht. Und erst der Inhalt dieses Teiles. Offenkundig feiert hier das berüchtigte Prügelpatent seine Auferstehung. Auf die jahrelang erhobenen Forderungen nach seiner Aufhebung antwortet die tschechisch-deutsche Bürgerregierung mit seiner Neuschöpfung, eingekleidet in die Vorlage, und mit seiner wesentlichen Verschärfung. Dabei sind es die ärgsten Kautschukbestimmungen, die der bürokratischen Willkür alle Möglichkeiten eröffnen, durch welche die Bevölkerung mit hohen Polizeistrafen bedroht werden. „Nichtbeachtung von behördlichen Verfügungen sollen mit Geldstrafen bis zu 10.000 Kronen und mit Freiheitsstrafen bis zu 14 Tagen geahndet werden. Aber bei Unbemittelten, welche eine ihnen diktierte Geldstrafe nicht zahlen können, ist eine Umwandlung in eine Freiheitsstrafe bis zu einem Monat zulässig. Man kann also ohne zu strapazieren, alle Demonstranten einsperren. Und wer sich gegen öffentliche Organe „grob benimmt oder ihnen — der ganze Vormärz! — den „Gehorsam verweigert", der kann von den politischen Bezirksämtern, das ist von der Polizei, mit 5000 Kronen Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu acht Tagen bedacht werden.

Hier beginnen auch schon die Bestimmungen, welche darauf abzielen, die Gemeinden ihrer bisherigen Rechte zu berauben. Die politischen Aemter können über den Kopf der Gemeinden hinweg, auch über mehrere zu gleicher Zeit, auf dem Gebiete der Ortspolizei Anordnungen treffen, wenn diese etwa nicht so tun wollen, wie es die Regierung will. Der Entwurf hätte übrigens weit kürzer gefaßt werden können, es hätte genügt, zu bestimmen: „Die Regierung kann in jedem Falle tun, was sie will, und der heilige Bürokratismus ist allmächtig." Das hätte den Inhalt der Vorlage ebenso erschöpft, wie es ihre vielen Paragraphen tun. Die Regierung kann alles. Sie läßt sich durch das Gesetz die Ermächtigung geben, alle Vorschriften über die Amtshandlungen bei allen Agenden, die in den Bereich der politischen Aemter gehören, im Verordnungswege zu erlassen. Sie kann den Wirkungskreis und den Sitz der Bezirksämter durch Verordnung festsetzen und kann Städte mit eigenem Statut den allgemeinen Gemeindevorschriften unterordnen, das heißt, das eigene Statut mit einem Federstrich beseitigen und nach Bedarf Großgemeinden schaffen. Die Vorsitzenden der Landes- und der Bezirksämter sind von der Regierung ernannte Staatsbeamte, die auch den Landes- und Bezirksvertretungen vorsitzen und dort auch Stimmrecht besitzen. Alle Dienststellen bei den Bezirks- und Landesämtern werden vom Landespräsidenten, also von der Regierung verliehen, er hat auch das Recht der Versetzung und Pensionierung der Beamten. Die Regierung kann auch Angelegenheiten der Bezirksämter auf die Landesämter übertragen oder umgekehrt. Bei der Uebernahme der Beamten und Angestellten in den Staatsdienst kann sie übernehmen, wen sie mag, und als „überzählig" mit verringerter Pension wegschicken, wie es ihr eben beliebt. Sie kann schließlich alle Institutionen und Unternehmungen der Länder nach Anhörung (!) der Landesvertretung den Organen der Staatsverwaltungen übertragen.

Die Blütenlese kann ins Endlose fortgesetzt werden. Das Ganze ist von infernalischer Tücke. Was werden, so wird jeder vor allem fragen, die deutschen Regierungsparteien gegenüber diesem Monstrum, das die Bürokratie zur allmächtigen Herrin über die Bevölkerung macht, und das den Staat in den Vormärz zurückschleudert, tun? Werden sie für seine Gesetzwerdung eintreten und zu den vielen begangenen Sünden diese neue, schwerste hinzufügen? Man kann sich darauf verlassen: sie werden es tun! Sie kennen keine Scham, keine Hemmungen, kein Gefühl der Verantwortung mehr. Das Strafgericht für sie, für die Hauptschuldigen — denn ohne sie wäre das Zustandekommen dieses Gesetzes unmöglich — wird und darf nicht ausbleiben!

## Wer ist die „Wige?"

### Die Christlichsozialen und die Kohlen-Einfuhrscheine.

#### Brüder, die einander verleugnen!

Wir haben uns bereits ausführlich mit der Standarderfindung der politischen Korruption befaßt, die in der Verteilung der Kohleneinfuhrscheine an die politischen Parteien liegt. Wir haben an der Hand einer Statistik, die einer ernsten volkswirtschaftlichen Zeitschrift entnommen war, nachgewiesen, daß die Regierung Svehla die Mitarbeit **der deutschen aktivistischen Parteien bar bezahlt, daß sie die Agrarier, Klerikalen und Gewerbepartei ganz einfach gekauft hat,** ebenso wie sie einen Teil der Opposition für seine Loyalität bezahlt. Wir haben darauf verwiesen, daß **nur die deutsche Sozialdemokratie, die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten von der Beteiligung mit Kohleneinfuhrscheinen ausgeschlossen sind,** während alle anderen Parteien im Solde Svehlas stehen und für ihre „Staatstreue" mit klingender Münze bezahlt werden, wobei, an der Größe der Verhältnisse gemessen, man die sechs Millionen Kronen, die Svehla im ganzen aufwendet, und die schäbige Million, die er den deutschen Aktivisten hinwirft, als ein erbärmlicher Sündenlohn von 30 Silberlingen bezeichnet werden kann, für den das deutsche Volk verkauft und verraten wird.

Die Christlichsozialen glaubten sich leicht aus der Affäre ziehen zu können. Ohne das Korruptionsgeschäft und seinen politischen Charakter selbst in Abrede zu stellen, waren sie doch eifrig bemüht, ihre Nichtbeteiligung zu beweisen. Also erschien in der „Deutschen Presse" vom 6. Feber eine Erklärung der christlichsozialen Parteileitung, die wieder eine Erklärung der „Wige" in sich schloß. Sie lautete:

„Die christlichsoziale Partei hat weder an Abmachungen über Verteilung von Kohlenscheinen teilgenommen, noch Kohlenscheine an der Partei nahestehende Wirtschaftsverbände vermittelt. Die Mitteilung der Wochenschrift „Die Wirtschaft" vom 29. Jänner 1927, daß 3000 Tonnen der politischen Parteileitung der Deutschen christlichsozialen Volkspartei übergeben werden, welche sie an die „Wige" zum Weiterverkauf leitete, ist unrichtig. Was die „Wige" selbst anlangt, so hat dieselbe bereits am 20. Dezember 1926 nachstehende Erklärung im Gegenstande abgegeben:

1. Die Kredit- und Wirtschaftsgemeinschaft „Wige", r. G. m. b. H. in Prag II., Cerna ul. 11, ist eine selbständige Genossenschaft im Sinne des Gesetzes vom Jahre 1873

**und es besteht zwischen ihr und dem Klub der Abgeordneten und Senatoren der Deutschen christlichsozialen Volkspartei kein wie immer geartetter Zusammenhang.**

2. Die „Wige" benötigt, um den Bedarf ihrer Kunden zu befriedigen, monatlich mehrere 100 Waggons polnische Steinkohle. Um diese Kohle zu erhalten, ist die Einbringung von Einfuhrscheinen unbedingt notwendig. Die „Wige" erhält Einfuhrscheine direkt vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und diese auf Grund ihres nachgewiesenen Bedarfes ohne jedwede Vermittlung irgendeiner politischen Partei. Auch andere Wirtschaftsunternehmungen erhalten bei nachgewiesenem Bedarfe solche Einfuhrscheine, wobei bemerkt sei, daß dieselben auch nicht im geringsten Ausmaße dem Bedarfe entsprechen.

Also erfreut sich die „Wige", die keinesfalls eine der führenden Wirtschaftsgenossenschaften des Staates ist, der besonderen Freundschaft des Herrn Svehla der ihr Einfuhrscheine spendiert und sie ein paar hunderttausend Kronen verdienen läßt. Vielleicht hat auch irgend ein Schutzheiliger, der sich auf Politik und Kohlen versteht, der Wige das Präsent erwirkt? Die christlichsoziale Partei hat jedenfalls nichts damit zu tun, ihr Klub wenigstens hat keine „wie immer geartete" Beziehung zur Wige! Die Wige wieder hat die Scheine ohne jede Vermittlung einer politischen Partei erhalten. Sie hat sie auch gar nicht nötig, diese Vermittlung, denn wie wir sehen werden, stehen an der Spitze der Wige Leute, die einflußreich genug sind.

### Wer ist nun die Wige?

**Darüber gibt wünschenswerten Aufschluß eine Beilage der „Deutschen Presse", die just in der Nummer vom 6. Feber beigelegt war, in der Wige und Christlichsoziale einander so schnöde verleugneten.** Auf einer zweiseitigen, auf schönem Papier gedruckten, mit Bildern geschmückten Beilage wird über Art und Herkunft der Wige, ihrer Filiale, der Hage und ihrer Schwesterorganisation Concordia allerlei Interessantes erzählt. Ganz klein habe die „Wige", was soviel heißen soll wie

**Kredit- und Wirtschaftsgemeinschaft**

vor ein paar Jahren begonnen. Nun hat sie es aber herrlich weit gebracht. **Einlagenstand und Umsatz hat sie ausgerechnet im Jahre 1926 — welch segensreiches Jahr für das christliche Volk! — fast verdoppelt.** Sie hat auf ihr Haus in der Prager „Schwarzen Gasse" (sie heißt wirklich so und es wird nicht berichtet, ob sie der Wige halber so heißt oder ob die Wige des symbolischen Namens wegen sich dort niederließ) ein **Stockwerk aufgesetzt;** wie die Beilage der „Deutschen Presse" erzählt:

**„Am 2. Feber 1927 fand die Einweihung des neuen Stockwerkes durch Se. Exzellenz Herrn**

**Weihbischof Dr. W. Frind**

**statt."**

Hoffentlich hat er nicht vergessen, die Einfuhrscheine mit zu weihen! Aber die kirchliche Weihe allein tut es nicht, es war auch eine weltliche Feier angesetzt: (immer noch der „Deutschen Presse"):

**„Bei der sich am Abend daranschließenden internen Feier im Deutschen Hause übergab**

**Herr Abgeordneter Emil Bobek**

**seit Gründung der Wige ihr Präsident, die neuen Räumlichkeiten der Beamtenschaft."**

**Der Herr Abgeordnete Bobek ist Mitglied des Klubs der christlichsozialen Abgeordneten, der mit der Wige in „keinem wie immer geartetem Zusammenhang" steht!** Aber es kommt noch besser!

Zunächst — erzählt die „Deutsche Presse" in ihrer Beilage — war es nicht möglich, einen Verband der christlichen Genossenschaften zu gründen, die Wige ersetzte ihn zur Not. Nun ist sie — welche Wendung durch Gottes Fügung! — im denkwürdigen Jahre des christlichsozialen Regierungseintritts plötzlich so groß und reich geworden. Sie schien es schon zu ahnen, denn schon früher — man höre:

„Nicht vergessen war aber der Gedanke der Verbandsgründung, und gerade der Aufschwung der Wige ermöglichte die Organisationsarbeit für diesen Zweck, so daß nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten am

## Sozialdemokratischer Wahlerfolg.

Bei den am 9. Feber vorgenommenen Betriebsausschußwahlen in der Joachimsthaler Tabakfabrik wurden von 582 Stimmen auf die freigewerkschaftliche Liste des Verbandes der Tabakarbeiterinnen und Arbeiter in Sternberg 449 Stimmen und auf die nationalsozialistische Liste 91 Stimmen abgegeben. 42 waren ungültig. Es erhielt demnach die freigewerkschaftliche Liste sieben Mandate und die Nationalsozialisten ein Mandat. Wir gewinnen ein Mandat, das die Nationalsozialisten verloren haben.

---

8. September 1925 die Gründung des Verbandes unter dem Vorsitze Franz P. Hübners erfolgen konnte. Die Registrierung unter der Firma: „Bund der Genossenschaftsunternehmungen Concordia, reg. G. m. b. H. war am ersten August 1926 durchgeführt."

Der christlichsoziale Genossenschaftsverband ist demnach eine Gründung der Wige. Im November 1926 wurden in Zwittau folgende Unterverbände geschaffen:

Die christlichen Arbeitnehmerverbände.

Die christlichen Handwerker und Gewerbetreibenden.

Die christlichen Bauern.

Die Leitung des Bundes besteht aus den Herren Hübner,

**Schütz (Obmann der christlichen Gewerkschaften)**

und Dr. Kirsch. Den Geldverkehr des Verbandes besorgt die Wige, deren

**Präsident der christlichsoziale Abgeordnete Bobek**

ist und unter deren Verwaltungsräten der

**christlichsoziale Senator Pater Fritscher**

und der christlichsoziale „Kulturkämpfer"

**Reichenberger**

neben kleineren Göttern der klerikalen Partei sich befinden.

Unter den Obmännern der angeschlossenen Verbände treffen wir alte Bekannte; so den

**christlichsozialen Abgeordneten Kunz, den christlichsozialen Abgeordneten Scharnagl.**

Und trotz alledem besteht kein Zusammenhang, ja kein „wie immer gearteter Zusammenhang" zwischen der Wige und der christlichsozialen Partei?!

Die „Deutsche Presse" gibt wahrscheinlich um Gotteslohn die schön gedruckte Beilage über Wige, Lage und Concordia heraus! Die Herren Bobek, Fritscher, Kunz und Scharnagl sind wahrscheinlich ganz andere Menschen, wenn sie in den Klub kommen und wenn sie an den Sitzungen ihrer Genossenschaftsunternehmungen teilnehmen! Die Herren Bobek und Fritscher wissen wohl gar nicht, daß die Wige Kohleneinfuhrscheine bezieht, geschweige denn, daß sie ihre Hand im Spiele haben! Die christlichsoziale Partei hat doch mit der Wige keinerlei Zusammenhang!

**Wir werden mit den Christlichsozialen nicht lange „Adam wo bist du?" spielen. Daß die Wige nach dem Vereinsgesetz mit der christlichsozialen Partei nicht identisch ist, wissen wir. Aber die Christlichsozialen sollen nur zur gleichen Zeit, da sie mit den angeblichen Affären der Wiener Göc gegen die Sozialdemokraten polemisieren, nicht versuchen, ihre Wige zu verleugnen!**

Wenn wir in den nächsten Tagen die Länderreform bekommen, die uns die letzten Reste der nationalen Selbstverwaltung nimmt, dann können die braven Christen, die von den heute noch unabsehbaren Folgen dieses Polizei- und Diktaturgesetzes betroffen werden, sich damit trösten, daß die Wige ihre Einfuhrscheine bekommt, daß die Christlichsozialen für das Ländergesetz stimmen, daß aber zwischen beiden Erscheinungen „kein wie immer gearteter Zusammenhang" besteht.

**„Denn des Herren Wige sind wunderbar."**

---

## Eine Blutsbrüderschaft der Wiener Arbeiter.

**Organisierte Lebensrettung bei Arbeiterunfällen.**

**Wien**, 11. Feber. Eine Vorständekonferenz der Gewerkschaften hat sich, wie die „Arbeiterzeitung" meldet, mit der Frage der organisierten Lebensrettung bei Arbeitsunfällen durch Bluttransfusion beschäftigt. Nach einem Vortrag des Chirurgen Dr. Rather und einer Debatte wurde eine Resolution beschlossen, wonach die Konferenz beschließt, an die Organisierung einer Blutsbrüderschaft der Wiener Arbeiter zu schreiten. Sie beauftragt die Gewerkschaftskommission, sich mit dem Gesundheitsamt der Gemeinde Wien in organisatorische Verbindung zu setzen, um das große Ziel zu erreichen, daß Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die infolge von Unfällen oder Krankheit in Blutnot und dadurch in Lebensgefahr geraten, in brüderlicher Solidarität einander lebensrettend beistehen können.

# Das Grab der Selbstverwaltung.

## Die neue Länderverfassung. — Das Prügelpatent weit übertroffen. — Beschränkung des Rekursrechtes. — Ernannte „Fachleute" als Regierungslakaien.

**Gestern wurde der Regierungsentwurf über die Verwaltungsreform den einzelnen parlamentarischen Klubs zugestellt. Wir geben nachfolgend einen Auszug aus den wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes, der „Gesetz über die Organisation der politischen Verwaltung" benannt ist, wieder.**

Artikel I setzt fest, daß das Ministerium des Innern und die ihm unterstehenden Behörden in ihrem Bereiche die innere Verwaltung durchführen, insofern nicht durch eigene Bestimmungen die Agenden anderen Aemtern übertragen werden.

Artikel II bestimmt über den Wirkungskreis folgendes: Das Innenministerium und die ihm unterstellten politischen Behörden sind verpflichtet, über die öffentliche Ordnung, Ruhe, Sicherheit und öffentliche Sittlichkeit zu wachen und nach dieser Richtung hin alle Gefahren abzuwenden und alle Störungen zu beseitigen.

Artikel III setzt fest, daß die politischen Behörden zu den oben angeführten Zwecken, Anordnungen und Verfügungen sowohl in Form allgemeiner Anordnungen, als auch für einzelne Fälle treffen können. Die Nichtbeachtung dieser Verfügungen kann mit

**Strafen bis zu 10.000 Kronen beziehungsweise 14 Tagen Arrest**

geahndet werden. Die politischen Behörden können ferner Strafen bis zu dieser Höhe wegen unzulässiger Handlungen oder unzulässigen Betragens auf öffentlichen Orten verhängen, durch welche die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit, die guten Sitten oder der Anstand gestört oder bedroht werden, oder durch welche allgemeine Empörung hervorgerufen wird.

Artikel IV setzt Strafen bis 5000 Kronen beziehungsweise acht Tage Arrest gegen jene fest, die in schriftlichen Eingaben Organe der öffentlichen Verwaltung beleidigen, die trotz Ermahnung sich grob zu einem öffentlichen Organe bei dessen Amtsausübung benehmen oder ihm den Ungehorsam verweigern.

Nach Artikel V können die politischen Behörden auch Anordnungen auf dem Gebiete der Ortspolizei, die in den Wirkungskreis der Gemeinden fallen, erlassen, wenn sich diese Anordnungen auf das Gebiet mehrerer Gemeinden erstrecken oder die betreffende Gemeinde sie nicht aus eigenem trifft.

Artikel VIII setzt fest, daß

**Berufungen**

gegen die Entscheidungen der Bezirksbehörden an die Landesbehörden, gegen die Entscheidungen der Landesbehörden an das zuständige Ministerium, jedoch nur in dem Falle zulässig sind, wenn die Landesbehörde in erster Instanz entschieden hat.

**Gegen die Entscheidung der Landesbehörde als Berufungsinstanz ist eine weitere Berufung nicht zulässig.**

Ebenso unzulässig ist die Berufung gegen einen Entscheid der Bezirksbehörde als Berufungsinstanz in den den Gemeinden überantworteten Strafvollmachten.

**Bei Strafen, deren Delikte 300 Kronen nicht übersteigt, ist eine Berufung überhaupt nicht zulässig.**

Artikel X bestimmt, daß die Vorschriften über die Agenden, die in den Bereich der politischen Behörden gehören, durch eine Regierungsverordnung vereinigt und geregelt werden. Dabei kann die Mitwirkung von Personen, Parteien, Gemeinden und anderen öffentlichen Korporationen aufgetragen sowie zur Sicherung der Bedingungen des Verfahrens und dessen Aufwandes von den Parteien eine Garantie in barem Gelde oder eine andere entsprechende Sicherung verlangt werden.

Absatz 4 setzt fest, unter welchen Bedingungen die öffentlichen Organe die Vorführung von Personen anordnen können.

Nach Absatz 5 kann eine

**Hausdurchsuchung**

im Zuge des Strafverfahrens nur erfolgen, wenn der begründete Verdacht besteht, daß sich dort eine eines Vergehens verdächtige Person verbirgt, oder daß dort Gegenstände sind, die in einem bestimmten Strafverfahren Bedeutung haben können.

**Bei Gefahr im Verzuge können die Sicherheitsorgane eine Hausdurchsuchung aus eigener Machtvollkommenheit durchführen.**

Artikel XI bestimmt, daß Freiheits- und Geldstrafen auch nebeneinander verhängt werden können.

**Uneinbringliche Geldstrafen werden im Ausmaße bis zu einem Monat in Freiheitsstrafen umgewandelt.**

### Die neuen Länder- und Bezirksbehörden.

Der zweite Teil des Gesetzentwurfes sieht die Errichtung von Landes- und Bezirksbehörden vor. Das Staatsgebiet wird in die Länder Böhmen, Mähren mit Schlesien, Slowakei und Karpathorußland eingeteilt. Der Sitz der Landesbehörden ist für Böhmen Prag, für Mähren Brünn, für die Slowakei Preßburg und für Karpathorußland Munkacs. Der Wirkungskreis und der Sitz der Landesbehörden kann nur durch das Gesetz geändert werden. Dagegen obliegt die Vereinigung und Trennung der Bezirksbehörden, die Festsetzung und Aenderung ihres Wirkungskreises und ihres Sitzes der Regierung im Verordnungswege. Städte mit eigenem Statut können durch Regierungsverordnung den geltenden allgemeinen Gemeindevorschriften untergeordnet werden. Die Bezirksbehörden übernehmen die Agenden der politischen Bezirksverwaltungen und der bisherigen Bezirksverwaltungskommissionen, beziehungsweise Straßenausschüsse. Im Verordnungswege können einige Agenden anderen Aemtern übertragen werden.

An der Bezirksverwaltung beteiligt sich die Bevölkerung im Wege der Bezirksvertretungen und Bezirksausschüsse, an der Landesverwaltung im Wege der Landesvertretungen und Landesausschüsse.

**Der Landespräsident und die Bezirksvorsteher sind Staatsbeamte, die dienstlich dem Innenminister unterstellt sind.**

Der Landespräsident verleiht Dienststellen bei den Bezirks- und Landesbehörden, soweit deren Verleihung nicht der Regierung oder den Präsidenten der Republik vorbehalten ist, und bestimmt die Anwärter; er versetzt auf andere Dienstposten oder in die Pension.

Zur „Vereinheitlichung und Vereinfachung" der Verwaltung können einzelne Angelegenheiten im Verordnungswege von den Bezirks- auf die entsprechenden Landesinstanzen, von diesen auf das Ministerium oder umgekehrt übertragen werden.

Die Angestellten der Länder und der aufgelassenen Korporationen, welche am 1. Jänner 1927 in der Verwaltung eigener Institutionen (Anstalten, Unternehmungen, Straßen u. dgl.) angestellt waren, verbleiben oder werden Angestellte jener Korporation, in deren Eigentum oder Verwaltung die betreffende Einrichtung sich befindet. Diese Korporation trägt auch die Pensions- und Versorgungsgenüsse.

**Die übrigen Angestellten der Länder und der aufgelassenen Korporationen übergehen in den Staatsdienst mit all ihren Gehalts- und Dienstrechten, insofern diese nicht das Maß, das im § 212 des Gehaltsgesetzes vom 26. Juni 1926 festgesetzt wird, überschreiten. Die Begünstigungen, die der Angestellte nach Absatz 2 des zitierten Paragraphen erworben hat, behält er nur dann, wenn sie ihm der Innenminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister ausdrücklich zuerkennt.**

Diese letztgenannten Angestellten beziehungsweise ihre Hinterbliebenen werden im Ruhestande hinsichtlich ihrer Pensionsansprüche und Versorgungsgebühren nach den für die Staatsangestellten geltenden Regeln behandelt. Der Staat übernimmt die Bezahlung der Pensions- und Versorgungsgenüsse jedoch höchstens mit jenem Teilbetrage, der ihnen unter gleichen Bedingungen im Staatsdienst zustehen würde.

**Nähere Vorschriften über die Uebernahme und Einreihung werden im Verordnungswege erlassen. Beamte, welche im Dienste der Länder oder der aufgelassenen Korporationen am 29. Feber 1920 mindestens fünf Dienstjahre mit guter Qualifikation zurückgelegt hatten, werden von der Ablegung der sachlichen Prüfungen, welche zur Erwerbung einer derartigen Stelle im Staatsdienst vorgeschrieben sind, enthoben.**

### Ein Drittel ernannt.

**Die Landesvertretungen zählen in Böhmen 96, in Mähren-Schlesien 54, in der Slowakei 51 und in Karpathorußland 18 Mitglieder, von denen zwei Drittel gewählt werden, während das restliche Drittel von der Regierung aus Fachleuten ernannt wird.**

Vorsitzender der Landesvertretung und des Landesausschusses ist der Landespräsident, der den Vorsitz jedoch einem anderen Beamten der Landesbehörde anvertrauen kann. Der Vorsitzende hat nach § 21 das Recht, Mitglieder der Landesvertretung nach zweimaligem Ordnungsruf aus der Sitzung auszuschließen, beziehungsweise entfernen zu lassen; dadurch ist eine weitere Strafverfolgung nicht ausgeschlossen.

Nach § 26 wählt die Landesvertretung aus sich einen

**Landesausschuß,**

der aus je zwölf Mitgliedern und ebensoviel Ersatzmännern besteht. In Karpathorußland setzt sich der Landesausschuß nur aus sechs Mitgliedern und sechs Ersatzleuten zusammen. Nach § 30 hat die Landesvertretung die Aufgabe, um die Verwaltungs- und wirtschaftlichen Agenden des Landes und dessen Bevölkerung zu sorgen. Zur Deckung des Aufwandes kann die Einhebung von Zuschlägen, Leistungen usw. beschlossen werden. Landeszuschläge zu den direkten Steuern über 50 Prozent sowie sonstige Abgaben und Leistungen bedürfen der Zustimmung der Regierung; der Voranschlag unterliegt der Genehmigung der Regierung, die ihn nicht nur nach seiner formellen Seite überprüfen, sondern sowohl beim Aufwand als auch bei der Bedeckung Aenderungen durchführen kann. Mit Zustimmung des Landespräsidenten können nicht hinreichend gedeckte Erfordernisse aus anderweitigen Ersparnissen gedeckt werden.

**Aus wichtigen öffentlichen Interessen kann der zuständige Minister im Einvernehmen mit dem Innenminister die Besorgung der öffentlichen Verwaltung der Institutionen, Unternehmungen oder Straßen nach Anhörung der Landesvertreter den Organen der Staatsverwaltung übertragen. Die Regierung ist berechtigt, die Landesvertretung aufzulösen; Neuwahlen müssen innerhalb zweier Monate ausgeschrieben werden.**

**Bezirksvertretungen**

sind mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut bei jeder Bezirksbehörde zu errichten. Sie zählen in Bezirken bis zu 40.000 Einwohnern 18 Mitglieder, bis 70.000 Einwohner 24, bis 100.000 Einwohner 30 und über 100.000 Einwohner 36 Mitglieder. Zwei Drittel werden gewählt, die übrigen vom Innenminister aus den Fachleuten ernannt. Die Mandatsdauer beträgt sechs Jahre. Vorsitzender der Bezirksvertretung ist nach § 67 der Bezirksvorsteher, der vom Innenministerium ernannt wird; er kann den Vorsitz einem Beamten des Bezirksamtes übergeben. Er beruft die Bezirksvertretung so oft als notwendig, mindestens aber zweimal jährlich ein. Er muß sie ferner einberufen, wenn dies ein Viertel der Mitglieder verlangt.

**Die Bezirksausschüsse**

werden von der Bezirksvertretung aus ihrer Mitte gewählt. Sie haben acht Mitglieder und acht Ersatzmänner. Zur Deckung des Aufwandes kann die Bezirksvertretung die Einhebung von Zuschlägen, Beiträgen usw. beschließen. Bezüglich des Zuschlages gelten dieselben Bestimmungen wie beim Landesausschuß. Die Bezirksvertretung kann auch dem Bezirksvorsteher, den Landes- und anderen Behörden Anträge und Anregungen geben, insofern sie die Interessen des Bezirkes tangieren. Die Bezirksvertretung kann vom Innenministerium aufgelöst werden, das innerhalb zweier Monate Neuwahlen auszuschreiben hat.

An den Verhandlungen des Landesausschusses können über Verfügung des Landespräsidenten ein oder zwei Beamte teilnehmen, die auch stimmberechtigt (!) sind. Ebenso kann über Verfügung des Bezirksvorstehers ein Beamter mit Stimmrecht an den Sitzungen des Bezirksausschusses teilnehmen.

Der zweite Abschnitt dieses Gesetzes bestimmt endlich, daß der Landespräsident, beziehungsweise der Bezirksvorsteher, die Agenden ausüben, solange die Landesvertretungen und Bezirksvertretungen nicht konstituiert sind.

•

## Wahlrecht erst mit 24 Jahren.

Eine zweite Regierungsvorlage knüpft das aktive Wahlrecht in die Landes- und Bezirksvertretungen an das vollendete 24. Lebensjahr; der Wähler muß wenigstens ein Jahr im Wählerverzeichnis eingetragen sein. Das passive Wahlrecht ist an das vollendete 30. Lebensjahr gebunden; der Kandidat muß außerdem mindestens drei Jahre in einer Gemeinde des Landes wohnen und darf vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sein.

Eine Partei, die kein Mandat erlangt hat, trägt die ganzen aus der Vervielfältigung ihrer Kandidatenlisten erwachsenden Kosten; sonst werden sie zur Hälfte vom Land getragen.

Die sonstigen Bestimmungen über Wahlausschreibung, Kandidatenlisten, Wahlkommissionen und Verkündigung des Wahlergebnisses sind den diesbezüglichen Bestimmungen für Parlamentswahlen analog.

---

## Außenpolitischer Ausschuß.

**Beneš gegen den Anschluß.**

Der Außenausschuß des Abgeordnetenhauses brachte heute die außenpolitische Debatte, die sich an die jüngsten Erklärungen des Außenministers angeschlossen hatte, zum Abschluß. In der Debatte brachte u. a. Taverle (tsch. Soz.-Dem.) die Forderung nach entsprechender Vertretung der Gewerkschaften auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz vor und verlangte deren Heranziehung auch bei den verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen.

Dr. Kramaß kann sich als Anhänger der alten politischen Schule nicht in die Amoral und den Materialismus nach dem Kriege hineinfinden; deshalb sei er auch ein Gegner des Bolschewismus und stelle sich gegen die Anerkennung Rußlands; diese müsse für die Tschechoslowakei eine schwere Gefährdung der Selbständigkeit bedeuten. Hinsichtlich dem Genossen Dr. Czech behauptet Dr. Kramaß, er habe sein Verhältnis zu Deutschland nicht geändert, sondern schon 1919 erklärt, daß ein 60 Millionenvolk mit so großer Kultur und Wirtschaft auf die Dauer nicht unterdrückt werden könnte. Er beharre aber darauf, daß die Tschechoslowakei ein Nationalstaat bleibe.

Myslivec (tsch. Klerik.) polemisiert gegen die Behauptung Taverles, daß Rom im Kampf um die Selbständigkeit des tschechischen Volkes auf Seite Deutschlands gestanden sei. Es sprechen weiter Hrusovský, Dr. Blaho und Kierbut (B. d. L.), der eine Diskreditierung der Tschechoslowakei durch die Bodenbeschlagnahme befürchtet und sich gegen eine Bindung an den Balkan ausspricht. Dann beschäftigte er sich ausführlich mit unserem Verhältnis zu Deutschland, wobei er nicht hervorzuheben vergaß, daß ja die Tschechoslowakei in der letzten Zeit ihre Sendung und ihre Lage begriffen habe.

Nach Beendigung der Debatte ergriff der Außenminister Dr. Beneš noch einmal das

# Aktuelle Schriften

die jeder Arbeiter lesen soll:

Karl Renner:

**Das nationale und das ökonomische Problem der Tschechoslowakei**

Preis 1.— Krone.

Th. Dan:

**Sowjetrußland, wie es wirklich ist**

Preis 7.— Kronen.

Josef Hofbauer:

**Im roten Wien**

Preis 4.— Kronen.

Diese Schriften sind durch alle Volksbuchhandlungen, Kolporteure oder direkt von der Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag II., Nekazanka 18, zu beziehen.


Wort, um auf die Ausführungen einzelner Debatteredner zu reagieren. Auf sein Steckenpferd, die Kleine Entente, läßt er trotz alledem nichts kommen; an den Verhältnissen, die zur Schaffung der Kleinen Entente führten, hat sich nach seiner mit apodiktischer Sicherheit vorgetragenen Auffassung nichts geändert. Dr. Czech gegenüber erklärt er, daß in den Verträgen der Kleinen Entente über den Anschluß nirgends etwas gesagt ist, doch sei konstatiert, daß die Kleine Entente nur die heutige internationale Rechtsordnung in Mitteleuropa, speziell mit Rücksicht auf den Vertrag von Trianon aufrecht erhalten wolle; das sei genügend klar. Bezüglich der italienisch-ungarischen Beziehungen ist er ziemlich optimistisch: es handle sich in erster Linie um wirtschaftliche Interessen und um den Zugang Ungarns zum Meer. Italien hätte ein mindestens ebenso großes Interesse, wie mit Ungarn so auch mit der Kleinen Entente in einem guten Verhältnis zu leben. Weiters kommt er auf die Tätigkeit des Vatikans während des Krieges zu sprechen und erklärt, daß der Vatikan für die Aufrechterhaltung der Existenz Oesterreichs sowie dagegen gearbeitet habe, daß Rußland siege, was überdies ziemlich natürlich gewesen sei. Endlich beschäftigt er sich ausführlich mit unseren heutigen Beziehungen zum Vatikan, ohne seine früheren Ausführungen irgendwie wesentlich zu ergänzen oder zu vervollständigen.

Die Sitzung wurde daraufhin geschlossen.

---

**Die Verwaltungsreform und die Faseisten.** Es ist kennzeichnend, daß es die Faseisten sind, die sich über die Verwaltungsreform am meisten freuen. Das mährische Faseistenblatt „Moravská orlice" ist vor allem deswegen befriedigt, weil von nun ab die Bürokratie einen noch stärkeren Einfluß haben wird als bisher. Freilich fügt das Blatt hinzu: „Die bloße Diktatur der Bürokratie ist jedoch noch nicht die richtige Diktatur, welche eine Garantie bieten könnte für die Beseitigung der wirtschaftlichen und moralischen Krise im Staate. Sie ist bloß eine weitere Entwicklungsstufe zur richtigen faseistischen Diktatur." Wenn etwas die Anhänger der Regierungsparteien zur Besinnung bringen sollte, so müßte es die Freude der Faseisten über die Beseitigung der Selbstverwaltung sein, welche die Mehrheitsparteien jetzt vornehmen.

**Das Kommassationsgesetz kommt!** Das Gesetz über die Grundzusammenlegung, auf dessen Bedeutung und Gefährlichkeit für die kleinen Besitzer der Genosse Leibl bereits anläßlich unserer Landvolkstagung hingewiesen hat, scheint in der angekündigten Form Tatsache zu werden. Im ursprünglichen Gesetzentwurf war jedoch die Schaffung der Kommassationsämter auf der Grundlage der Gaueinteilung vorgesehen. Deshalb arbeitet man, wie das „Nole" meldet, den ganzen Gesetzentwurf um, und zwar in dem Sinne, daß die Organisierung der Kommassierungsämter der politischen Neueinteilung des Staates in Länder und Bezirke entspricht. Sonst bleibt der Gesetzentwurf in seinen Grundzügen unverändert, er wird auch weiterhin die Paragraphen über die Zwangskommassierung beinhalten. In letzter Zeit wird an den maßgebenden Stellen auch die Frage diskutiert, ob die oberste Instanz der Kommassierungsämter nicht das Staatliche Bodenamt sein soll. „Nole" erklärt dazu, wenn dem so sein sollte, dann müßte das Bodenamt erst gehörig umorganisiert werden, daß man zu ihm Vertrauen haben könnte. — Unserer Auffassung nach ist das Bodenamt überhaupt untauglich, diese bedeutsame Aktion durchzuführen, denn seiner bisherigen Tätigkeit nach wäre dann bei der Kommassation nur eine Fortsetzung und Steigerung des Bodenreform-Unrechtes zu erwarten.

**Der Budgetausschuß** des Abgeordnetenhauses setzte gestern in ganztägiger Debatte die Beratung der Gebäudesteuer fort und erledigte ohne große Aenderungen die §§ 126 bis 137. Die Debatte wird Dienstag nachmittag fortgesetzt.

# Auch Oesterreich wird mit festen Getreidezöllen beglückt.

## Aufkündigung aller Handelsverträge.

**Wien**, 11. Feber. (Eigenbericht.) In einer Pressekonferenz teilte der Landwirtschaftsminister heute abends mit, daß die Regierung eine Novelle zum Zolltarif einbringen werde. Darnach sollen die gleitenden Getreidezölle aufgehoben und an ihrer Stelle **feste Zölle** eingeführt werden. Der Zoll auf Weizen und Roggen soll vier Goldkronen, der auf Gerste und Hafer drei Goldkronen betragen; die Spannung zwischen Getreide- und Mehlzöllen soll acht Goldkronen ausmachen. Der Zoll auf Schlachtvieh soll von 12 auf 15, der auf Butter von 40 auf 60, auf Fleisch von 30 auf 36 Goldkronen erhöht werden.

Nun sind wohl die meisten Zölle durch Handelsverträge gebunden; da aber die Regierung, wie es heißt, auch die **Kündigung der Handelsverträge** plant, würde sich dann der volle Zoll auswirken.

## Das Zentrum fügt sich.

### Keudell von Marx reingewaschen. Der Vorbehalt zurückgezogen.

**Berlin**, 11. Feber. (Eigenbericht.) Die heutige Reichstagsdebatte über den Fall des Herrn v. **Keudell** hat den erwarteten Verlauf genommen. Das Zentrum hat den bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die neue Regierung ausgesprochenen Vorbehalt gegen den deutschnationalen Innenminister **zurückgezogen** und schließlich haben die Regierungsparteien die von den Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten eingebrachten Mißtrauensanträge gegen Herrn v. Keudell **niedergestimmt**.

Zuerst begründete ein Kommunist die Interpellation seiner Fraktion über die Beherbung von Mitgliedern des Wehrverbandes Olympia auf dem Gut des Herrn v. Keudell.

In der Beantwortung der Interpellation erklärte der Reichskanzler Dr. **Marx**, daß er das gesamte Material geprüft und **nichts daran gefunden habe**, was ein Mißtrauen gegenüber Herrn v. Keudell in bezug auf die künftige Verwaltung des Reichsinnenministeriums ergeben könnte. Während des Kapp-Putsches habe er als Landrat die Anordnungen des militärischen Befehlshabers ausgeführt; auf seinem Gut seien von ihm Mitglieder von Jugendverbänden aller Richtungen aufgenommen worden. Er selbst habe sich niemals darum gekümmert, welcher politischen Anschauung sie angehören. Daraus habe der Reichskanzler den Schluß gezogen, daß das Zusammenarbeiten mit Herrn v. Keudell in der Regierung reibungslos vor sich gehen werde und das Mißtrauen gegen ihn **nicht** am Platze sei.

Keudell selbst gab dann eine Erklärung ab, daß er getreu dem auf die Verfassung geleisteten Eid für den Schutz der Republik sorgen werde. Nunmehr ließ das Zentrum erklären, daß es den Vorbehalt **zurückziehe**.

Der sozialdemokratische Redner Gen. **Landsberg** stellte nochmals fest, daß Herr von Keudell als Beamter das Schlimmste getan habe, was einem Beamten überhaupt vorgeworfen werden könne: er habe den Eid auf die Verfassung nicht gehalten und den Kappverschwörern Vorschub geleistet. Ein solcher Mann sei nicht geeignet, die Verfassung zu schützen.

Trotz dieser Feststellungen wurden dann aber doch die gegen den Minister eingebrachten Mißtrauensanträge abgelehnt, worauf sich der Reichstag auf Mittwoch vertagte.

## Coolidge für Abrüstung zur See.

**Paris**, 11. Feber. In einer Note, die der amerikanische Botschafter in Paris, Myron Herrick, gestern dem Minister des Aeußern, Briand, überreichte und deren gleicher Wortlaut gleichzeitig in London, Rom und Tokio überreicht wurde, schlägt der Präsident der Vereinigten Staaten vor, daß die Delegierten der Großmächte, die in Genf zu den vorbereitenden Beratungen über die Abrüstungskonferenz zusammentreten, von ihren Regierungen zur Festsetzung des Tages ermächtigt werden, an dem eine **Sonderkonferenz für die Abrüstung zur See** zusammentreten würde. Diese Konferenz hätte über verschiedene Anregungen zu beraten, wodurch das bekannte Washingtoner Abkommen über die Einschränkung der Marinerüstungen ergänzt würde.

## Albrechts Thronkandidatur.

### Der Papa bestellt schon Livreen für die Hoflakaien.

**Budapest**, 11. Feber. (Eigenbericht.) Ein radikales Abendblatt meldet, daß der Erzherzog Friedrich bei einer bekannten Firma für seinen Sohn Albrecht mehrere hundert Livreen für Hoflakaien und 50 Uniformen für Hofbeamte bestellt habe. Da Albrecht der Prätendent für den Königsthron ist, hat diese Nachricht in legitimistischen Kreisen große Bestürzung hervorgerufen.

# Rundfunk für Alle!

## Programm für heute, Samstag.

**Prag.** 349. 11: Schallplattenmusik. 11.40: Landwirtschaftlicher Rundfunk und Zeitfunk. 12.05: Pressenachrichten. 12.15: Mittagskonzert. 1. Rossini: Tancred, Ouverture. 2. Nedbal: Wiegenlied. 3. Jeřab: Russische Volkslieder. 4. Friml: Broadway 5. [illegible]: Halte holen. 6. [illegible]: Am Wyschehrader Felsen. 14: Börsennachrichten. 16.30: Nachmittagskonzert. 1. Sibelius: Suite. 2. a) Dvořák: Romanze b) Nedbal: [illegible] 3. Kreisler: Abschiedsmarsch aus „Die Hofsänger". 4. [illegible]: Walzer aus „Dornröschen". 5. Ondříček: a) Notturno; b) Scherzo capriccioso. 6. Smetana: Zwei Witwen 7. Chopin: Nocturne. 8. Gaubin: Les Sans-culottes 9. [illegible]. 17.55: **Deutsche Sendung.** Wetterbericht und Tagesneuigkeiten vom Preßbüro hierauf: Joh. Kržibil, Prag: Die romanischen Dome am Rhein. 18.15: Landwirtschaftlicher Rundfunk. 18.30: Marionettentheater. 20: Wetterberichte und Pressenachrichten. 20.05: Verkaufte Liebe. Operette von [illegible]. 21: Zeitsignal. Leichte Musik. 1. Fučík: Marinarella. 2. [illegible]: Kamarinskaja. 3. [illegible]: a) Immer [illegible]; b) [illegible]. 4. Gounod: Walzer aus „Faust". 5. Kálmán: „Gräfin Mariza". 22: Letzte Nachrichten des Preßbüros, Uebersicht der Tagesereignisse, Sport- und Theaternachrichten. 22.15: Reproduzierte Tanzmusik.

**Brünn.** 441. 14.30: Olmützer Produktenbörse, Wetterbericht, Presse-, Sport- und Theaternachrichten. 17.20: Puppentheater. 18: Zeitzeichen. 19.20: Radiophonischer Kurs: Elektrotechnik. 19: Konzert. 1. Kálmán: Holländerweibchen. 2. Lustige Lieder. 3. Kálmán: Zirkusprinzessin. 4. Lustige Lieder. 5. Kálmán: Gräfin Mariza. 20: Um die Wette. Eine Geschichte mit [illegible] von Ing. Herman. 20.30: Lustige Lieder. 22: Letzte Nachrichten des Preßbüros. Uebersicht der Tagesereignisse. Sportnachrichten.

**Preßburg.** 300. 17.40: Erzählungen für Kinder. 18: Zigeunerkapelle. Pressenachrichten. 22.30: Uebertragung der Musik aus dem Café Reduta.

**Budapest.** 556. 17.05: Orchesterkonzert. 18.30: Sportvortrag. 19: König Matthias. 19.30: „Gül Baba", musikalisches Spiel von Martos-Huszka. Zigeunermusik. 21: Jazz Band.

**Rom.** 449. 17.15: Konzert. 21: Theaterabend.

**Wien.** 517. 11: Symphoniekonzert. Brahms: Akademische Festouverture. Rameau; Symphonie c-moll. Kilias: Erinnerungen an Roschat. Weber: Aufforderung zum Tanz. Strauß: An der schönen blauen Donau. 15.30: Nachmittagskonzert. 17.30: Märchen Volkslieder. 19: „Lohengrin", romantische Oper von Wagner. Tanzkonzert.

### Deutschland.

**Königswusterhausen.** 1300. 15.35: Esperanto. 16: Die akademischen Berufe. 17.30: Staatliches Arbeiterbildungswesen. 18: Technischer Lehrgang für Bauarbeiter. 18.30: Mechanische und chemische Verdauung. 18.55: Oesterreich und der Anschluß. 20.30: Uebertragung von **Berlin**, 484. Heitere Lieder zur Laute. 21: Blasorchester-Konzert. 22.30: Tanzmusik.

**Breslau.** 322. 16.30: Marschmusik. 18: Stunde mit Büchern. 18.50: Der Bau des Weltalls. 20: Funkbrettl. 21: Tanzmusik.

**Frankfurt.** 400. 15.30: Jugendstunde. 16.30: Neue Operetten. 17.45: Das Wirtshaus im Spessart. 18.45: Der altgermanische Donnergott. 19.15: Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens. 19.45: Die Struktur des Völkerbundes. 20.15: „Madame Pompadour". Operette von Oscar Strauß. Tanzmusik.

**Hamburg.** 395. 12.30: Mittagskonzert. 14.05: Hauskonzert. 17: Bei den Parteien Amerikas. 17.35: Rechenstill und himmelblau. 18: Lustiges Wochenende. 19.30: „Madame Butterfly". Oper von Puccini. 23: Tanzmusik.

**Langenberg.** 469. 13.30: Mittagsmusik. 16.30: Teemusik. 18: Das Volkslied. 18.40: Englische Kultur. 19.15: Buddha. 19.55: Antenne und Erde. 20: Vom Bisbarmelied bis zum Charleston. 20.30: Lustiger Abend. 22.30: Tanzmusik.

**Leipzig.** 366. 12: Mittagsmusik. 16.30: Nachmittagskonzert. 18: Bastelstunde. 19.30: Mathematik und Musik. 20.15: Münnecke-Abend. 22.15: Tanzmusik.

**München.** 536. 14.30: Schallplattenkonzert. 16: Akkumulatoren oder Trockenbatterie? 16.30: Nachmittagskonzert. 18.15: Deutsches Blut und deutscher Geist. 19: „Oberst Chabert". Musiktragödie von Waltershausen. 22.30: Tanzmusik.

**Stuttgart.** 380. 13.10: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 16: Unterhaltungskonzert. 18.45: Italienische Kunststätten. 19.15: Tierische Gifte. 20: Kammermusikabend. Cellosonaten von Debussy und Honegger. Funkbrettl.

## Programm für morgen, Sonntag.

**Prag.** 349. 9: Uebertragung aus der Kreuzherrnkirche: 1. [illegible]: Messe e-moll. 2. Schubert: Graduale und Offertorium. 3. Albich-Heeler: [illegible]. 10.15: Eröffnung der landwirtschaftlichen Woche. 11: Matinee: 1. Dvořák: Sonatine g-dur. 2. Suk: Frühling. 3. Fibich: Frühling. 4. Novák: Aus dem Zyklus „Jugend". 5. Dvořák: a) [illegible], b) [illegible]. 6. Janáček: Drei Volkslieder. 16.45: Vortrag: Die Bestrebungen der Arbeiterkultur. 17: Militärkonzert. 18: **Deutsche Sendung.** Wetterbericht und Tagesneuigkeiten, hierauf: Aline **Reich-Dörich**, Opernsängerin d. deutschen Landestheaters, Prag: 1. Wagner: Hallen-Arie aus „Tannhäuser". 2. Weber: Ozean-Arie aus „Oberon". 3. Puccini: Gebet der Tosca. Am Klavier: Georg **Singer**, Kapellmeister d. deutschen Landestheaters. 18.45: Einleitung zur Opernübertragung. 19: Opernübertragung aus dem Nationaltheater in Prag: Smetana, Dalibor. 22: Letzte Nachrichten des Preßbüros, Uebersicht der Tagesereignisse, Sportnachrichten, Theaternachrichten. 22.15: Tanzmusik.

**Brünn.** 441. 9: Wie Prag. 10.15: Wie Prag. 10.45: Matinee Mozart: 1. Marsch. 2. Arie der Gräfin aus „Figaros Hochzeit". 3. Eine kleine Nachtmusik. 4. Susannas Arie aus „Figaros Hochzeit". 5. Symphonie Nr. 3 es-dur. 17: Wie Prag. 18.45: Wie Prag. 22: Wie Prag.

**Preßburg.** 300. 9: Wie Prag. 10.15: Wie Prag. 10.45: Matinee: 1. Keler: Spanische Lustspiel-Ouverture. 2. Urbach: Souvenir de Delibes. 3. Schubert: Der Wanderer. 4. Fibich: Sérenade d'amour. 5. [illegible]. 6. [illegible]: Marsch. 17: Wie Prag. 18.30: Vortrag: Das Getreide. 18.45: Wie Prag. 19: Wie Prag. 22: Wie Prag.

**Budapest.** 556. 10.15: Schönheitspflege. 10: Hochamt. 11.45: Konzert. 15: Landwirtschaftlicher Vortrag. 15.30: Kindermärchen. 16.30: Schallplattenkonzert. 18: Ungarische Lieder. 19.20: Vortrag. 20.15: Konzert. Jazz Band.

**Daventry.** 1600. 16.30: Leichte Musik. 21: Glockengeläut. 22.15: Orchesterkonzert. 23.45: Epilog.

**Rom.** 449. 10.30: Kirchenmusik. 21: Orchesterkonzert.

**Wien.** 517. 10: Chorkonzert. 11: Symphoniekonzert: Delius: Paris. Saint-Saëns: Tarantella. Beethoven: Tripelkonzert. Schubert: Symphonie c-dur. 16: Nachmittagskonzert. 18.05: Vortrag Mojsisovics: Japanische Erlebnisse. 18.45: Kammermusik: Trios von Brahms und Schubert. 20: „Weh dem, der lügt", Lustspiel von Grillparzer.

**Zürich.** 494. 11: Vormittagskonzert. 12: Mittagskonzert. 15.30: Nachmittagskonzert. 20: Orchesterkonzert.

### Deutschland.

**Königswusterhausen.** 1300. 9: Uebertragung aus **Berlin**, 484. Morgenfeier. 12: Junge Dichter. 14.30: Französisch. 15.30: Funkheinzelmann. 16.30: Nachmittagskonzert. 18.30: „Tannhäuser", Oper von Wagner. 22.30: Tanzmusik.

**Breslau.** 322. 8.30: Morgenfeier. 9.30: Schachfunk. 10.40: Chorkonzert. 14.15: Rätselfunk. 15.15: Märchenstunde. 16: Schlesischer Humor. 16.30: Einführung zu „Tannhäuser". 17: Tanzmusik. 18.30: Wie Berlin. 22.15: Tanzmusik.

**Frankfurt.** 428. 8.30: Morgenfeier. 11.30: Elternstunde. 12: Frauenlyrik. 15.30: Märchen. 16.30: Wagner-Konzert. 18: Pestalozzi, Stein und Fichte. 20: Stunde der Frankfurter Zeitung. 20.30: Leichte Ware, aus drei Jahrzehnten. 22.30: Wie Berlin.

**Hamburg.** 395. 9.15: Morgenfeier. 11.30: Elbkonzert. 12.30: Dr. Funk, der Journalist. 13.05: Sonntagskonzert. 13.45: Unterhaltungskonzert. 14.30: Schachschule. 15: Norddeutsche Dichter im Bild. 15.30: Funkheinzelmann. 16.45: Bunter Funk. 17.30: Nachmittagskonzert. 19.20: Erinnerungen eines Weltkriegsteilnehmers. 20: „Die Bajadere". Operette von Kálmán. Tanzmusik.

**Langenberg.** 469. 9: Morgenfeier. 11: Eine Viertelstunde über Goethe. 11.15: Einführung in den „Barbier von Sevilla". 12: Dichterstunde Armin Wegner. 13: Mittagskonzert. 14.30: Funkliteratur. 15: Schachfunk. 15.30: Kinderlieder. 16: Jugendfunk. 16.30: Teemusik. 18: Spitzbergen. 18.30: Internationale Lieder. 19.15: Herkampf. 20.30: „Der Barbier von Sevilla", Oper von Rossini. 23.15: Tanzmusik.

**Leipzig.** 366. 8.30: Orgelkonzert. 9: Morgenfeier. 11.30: Die Spiele der Tiere. 12: Moderne Kammermusik. 16: Chorkonzert. 17.15: Eisenbahnen und Binnenschiffahrt. 17.45: Die Relativität in der Astronomie. 18.30: Wie Berlin. 22: Tanzmusik.

**München.** 536. 11: Glockenspiel. 11.30: Maria-Ananda-Feier. 12: Platzmusik. 15: Cellosonate von Rachmaninow. 15.30: Alt-Münchener Bilder. 16.05: Heiteres Konzert. 18: Erlebnisse mit Tigern in Indien. 20: Volkstümliches Orchesterkonzert.

**Stuttgart.** 380. 14: Schallplattenkonzert. 15: Sizilische Kunststätten. 15.30: Funkheinzelmann. Unterhaltungskonzert. 19.30: Wie Berlin.

# Tages-Neuigkeiten.

## 21 Grippe-Todesfälle in der Vorwoche.

Das Gesundheitsministerium verlautbart: In der Woche vom 31. Jänner bis 5. Feber wurden 6379 Grippe-Erkrankungen und 21 Todesfälle gemeldet. (In der vorhergehenden Woche 6156 Erkrankungen und 18 Todesfälle.)

Von den gemeldeten Kranken waren im Alter bis zu 6 Jahren 8 Prozent, von 6 bis 14 Jahren 34, von 15 bis 20 Jahren 13, von 21 bis 30 Jahren 17, von 31 bis 40 Jahren 14, von 41 bis 50 Jahren 6, von 51 bis 60 Jahren 4 und von 61 bis 70 Jahren 2 Prozent. Komplizierte Fälle wurden 68 gemeldet, hievon 63 Lungenentzündungen. Der **Großteil** der Erkrankungen entfiel auf den **Bezirk Mähr.-Ostrau** mit 1152, eine kleinere Anzahl wurde gemeldet aus Wischkow, Wsetin und fünf anderen westlichen und nordwestlichen Bezirken Mährens. Eine auffallend kleine Zahl an Erkrankungen wiesen die Städte Olmütz und Iglau auf.

## Die Bluttat von Namiest.

### Auf der Suche nach den Mördern.

**Wien**, 11. Feber. Hier werden die Nachforschungen nach dem mysteriösen Automobil „P II 733", in dem die Mörder von Namiest angeblich flüchteten, eifrig fortgesetzt. Eine ganze Anzahl von Leuten hat sich mittlerweile gemeldet, die dieses Automobil in verschiedenen Teilen der Stadt gesehen haben wollen. Am wichtigsten sind die Angaben zweier Männer, die beide eine Eigentümlichkeit an dem Wagen bemerkten. So gab der eine an, es seien gestern einem Auto, das knapp vor ihm gehalten hätte, zwei Männer entstiegen, von denen der eine etwa 22 Jahre alt schien und einen Pelzmantel mit Opossumkragen trug. Er habe von ihm ein Programm verlangt und auf eine 20 Schillingnote nicht herausgeben können und dann **mit einem 50 Pfennigstück und tschechoslowakischem Geld gezahlt.** Der Wagen wäre dann ein Stück weitergefahren und dort habe derselbe junge Mann den **Buchstaben „P"** bei der Nummerntafel des Wagens **mit einem Papierstreifen überklebt**, das den Buchstaben „B" trug. Nachmittags hat sich im Sicherheitsbüro ein Chauffeur gemeldet, er habe das Auto „P II 733" zwischen halb 10 und dreiviertel 10 Uhr vormittags in scharfer Fahrt beim Riederberg begegnet, als es aus der Richtung Wien offenbar nach St. **Pölten** fuhr.

## Marconi über die Wunder der Radiotelephonie.

In London hielt Marconi einen Vortrag über die großartige Entwicklung der Technik der drahtlosen Verkehrsverbindungen. „Das Jahr 1927 ist erst im Werden," sagte er, „aber es hat uns bereits das wunderbare Schauspiel eines tadellosen und regelmäßigen radiotelephonischen Verkehrs zwischen England und den Vereinigten Staaten gezeigt. 1926 hatte uns kurz vor Jahresschluß ein anderes wunderbares Schauspiel geboten: die Eröffnung eines überaus schnellen radiotelegraphischen Dienstes mit dem System der Bündelwellen zwischen England und Kanada, eines Dienstes, der auf alle Dominions und auf andere weit entlegene Gegenden ausgedehnt werden soll. Ich habe außerdem die feste Ueberzeugung, daß das **Fernsehen** in kurzem in die Sphäre der praktischen Verkehrsmittel eintreten und uns in die Lage versetzen wird, auf sehr weite Entfernungen hin den Anblick irgendwelcher Geschehnisse zu übertragen. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß das System der Bündelwellen, dem wir diese außerordentlichen Fortschritte verdanken, erst in den Anfängen ist.

Gewisse Versuche, die in den letzten Wochen zwischen England und Kanada gemacht worden sind, haben bewiesen, daß das System der Bündelwellen nicht nur für die drahtlose Telegraphie, sondern auch — und zwar gleichzeitig — für die drahtlose Telephonie nutzbar gemacht werden kann. Einem meiner Londoner Assistenten gelang es von seinem Londoner Bureau aus ganz deutlich mit einem Freunde in Kanada zu sprechen, indem er eine Bündelwellenlinie benutzte, auf der gleichzeitig radiotelegraphische Botschaften nach beiden Richtungen hin übermittelt wurden. Sowohl die radiotelephonischen Verbindungen wie auch die gewöhnlichen radiotelegraphischen Uebermittlungen gingen auf derselben Linie ohne Störung vonstatten. Die Möglichkeit des doppelten gleichzeitigen Dienstes, des mündlichen und des graphischen, muß natürlich zur Verbilligung der Tarife führen. Und nun noch ein staunenerregender Fortschritt: ganze Blätter hand- oder schreibmaschinenschriftlicher Botschaften, Zeitungsausschnitte, Photographien, Zeichnungen — das alles wird fehlerlos und mit Blitzesschnelle auf weiteste Entfernungen hin übermittelt werden können. Die Methode ist auf dem Wege der Vervollkommnung und es ist sicher, daß sie eine wesentliche Reduzierung des gegenwärtig für den radiotelegraphischen Dienst erforderlichen Personals ermöglichen wird. Und was nicht zu unterschätzen ist: es wird künftighin dem Empfänger einer Botschaft überlassen bleiben, sich mit dem Manuskript des Telegraphierenden abzuquälen und es zu entziffern."

## Schiffe mit D-Zugsgeschwindigkeit.

**Die Erfindung eines deutschen Ingenieurs.**

**Berlin,** 11. Feber. Das „Berliner Tageblatt" berichtet über eine Erfindung des Ingenieurs A. Börner, der nach neuen Richtlinien ein Schiff konstruiert hat, das die Geschwindigkeit bei gleicher Kraftanlage gegenüber der bisherigen Schiffsrumpfkonstruktion um mehr als hundert Prozent steigert, während eine Energieersparnis von 70 bis 80 Prozent erzielt würde. Nach dem neuen Konstruktionsplan erbaute Ozeandampfer würden D-Zugsgeschwindigkeit erreichen. Die Grundidee der Börnerschen Konstruktion ist auf die Beobachtung schnellschwimmender Fische zurückzuführen. Auf der Elbe bei Dresden fanden die ersten Fahrten mit einem Versuchsschiff statt, welche nach dem Berichte des Mitarbeiters des „Berliner Tageblatt" gelungen sind.

---

**Ein Raubüberfall in Kojetein.** In der Nacht auf gestern versuchte ein unbekannter Täter in das Photographenatelier Pilhal in Kojetein einzudringen, wurde aber von Pilhal überrascht, der ihn mit vorgehaltenem Revolver zur Polizei bringen wollte. Als Pilhal einige Schreckschüsse abgab, schoß ihm der Unbekannte von hinten in die Lunge und verschwand. Pilhal mußte nach Olmütz ins Spital gebracht werden. Der Täter wird von der Polizei gesucht.

**Eltern und Lehrer, soll es wieder so werden?!** Im Burgenland, wo trotz dem bekannten Beschluß des österreichischen Nationalrates die Schande der konfessionellen Schule noch immer fortbesteht, liegt auch die Schulverwaltung vollkommen in den Händen der Kirche. Die Schulbehörde jedes Ortes ist der sogenannte Schulstuhl, dessen Mitglieder vom Pfarrer ernannt werden, der aber nichtsdestoweniger öffentliche Funktionen ausübt, die etwa denen eines Ortsschulrates entsprechen: So wirkt er auch an der Lehrernennung mit. Wie es nun um den Geist einer solchen in der Republik Oesterreich tätigen Behörde bestellt ist, zeigt in eindringlicher Weise das folgende Dokument über den Amtseid, den jedes Mitglied des Schulstuhls nach seiner Ernennung in die Hände des Pfarrers schwören muß:

**Kath. Pfarramt in Großpetersdorf.**

Z. 65—1924

Betreff: Beeidigung des Kurators und des Kuratorstellv., resp. Vizekurators.

Nach der Konstituierung des Großpetersdorfer r. k. Schulstuhles leistete der gewählte Kurator Martin Pauer und der Vizekurator Josef Bauer den im § 64 der bischöflichen Statuten vorgeschriebenen Amtseid wie folgt:

Ich (folgt Name) schwöre bei Gott dem Allmächtigen, bei der seligsten Jungfrau Maria und bei allen Heiligen, daß ich als Kurator des Schulstuhles der röm. kath. Kirchengemeinde in Großpetersdorf meinen Verpflichtungen gewissenhaft nachkommen, nach Kräften zum Gedeihen der Schule und zur Erhaltung ihres konfessionellen Charakters beitragen will und deren mir anvertrautes oder anzuvertrauendes Vermögen gewissenhaft verwalten werde. Einer von der Kirche verbotenen Gesellschaft gehöre ich derzeit nicht an und will auch in der Zukunft einer solchen nicht angehören.

So wahr mir Gott helfe, Amen.

Nach mündlicher Eidesleistung wurde zur Bestätigung derselben diese Schrift gefertigt.

Großpetersdorf, am 6. Juli 1924.

In Gegenwart:
Julius Lantos, m. p. Oberlehrer, Pauer Martin, m. p., Bauer Josef, m. p.
Als Vertreter des kranken Pfarrers:
Julius Kohl, m. p., Kooperator.
(Folgt das amtliche Kirchensiegel.)

Frage: Was würden die Christlichsozialen dazu sagen, wenn irgendeine weltliche, freisinnige oder sozialistische Regierung oder Behörde sich erlauben würde, ihre Ortsschulräte mit ähnlichen Eidesformeln zu zwingen, keiner anderen Gesellschaft als der ihr genehmen anzugehören?

**Verkehrsmaßnahmen anläßlich der Wintersportwettkämpfe in Moldau am 13. Feber 1927.** Zur Bewältigung der bei den Wintersportkämpfen in Moldau zu erwartenden Frequenz wird die Staatsbahndirektion Prag-Nord folgende Sonderpersonenzüge führen: Zug 2521 Klostergrab ab 8.34, Eichwald ab 9.01, Rittersberg ab 9.16, Neustadt i. E. ab 9.24, Moldau an 9.30. — Zug 2523 Klostergrab ab 6.10, Eichwald ab 6.40, Rittersberg ab 6.56, Neustadt i. E. ab 7.08, Moldau an 7.14.

**Die verlassierte Fünfte Avenue.** Die New Yorker Fünfte Avenue, die einst als Sitz der Dollarmillionäre bekannt wurde, ist heute verlassiert. Ihre Bewohner sind an Reichtum und Luxus weit überflügelt von den neuen Reichen der Kriegs- und Nachkriegszeit, die sich in der Parkavenue niedergelassen haben. Hier gelten Leute, die mit einer Jahreseinnahme von 50.000 Dollar (beinahe einunddreiviertel Millionen Tschechokronen) auskommen müssen, als arme Schlucker, die Mühe haben, sich halbwegs anständig durchs Leben zu schlagen. Das Durchschnittseinkommen der Bewohner der Parkavenue beträgt 100.000 Dollar, doch gibt es auch Jahreseinkommen von einer Million Dollar. Nach den Aufstellungen der Steuerkommission beherbergt dieses neue Millionärviertel viertausend Familien mit 16.000 Köpfen, die Jahr für Jahr nach der amtlichen Einschätzung rund 250 Millionen Dollar für ihren Lebensunterhalt ausgeben.

**Der Rabbi als Herrscher von Labrador.** Im hohen Norden Amerikas liegt die Halbinsel Labrador, ein riesiges Gebiet, aber nur von 20.000 Menschen bewohnt. Sie gehört zu Britisch-Nordamerika, doch war es bisher nicht klargestellt, ob sie zu Kanada oder zu Neufundland zu rechnen sei. Vor kurzem ist nun zwischen diesen beiden Staaten ein Streit um den Besitz von Labrador entstanden, das, wenn auch unwirtlich, doch möglicherweise wertvolle Naturschätze in sich birgt. In den Streit hat sich nunmehr ein Dritter gemengt, der behauptet, der einzig rechtmäßige Eigentümer von Labrador zu sein und es mit Brief und Siegel beweisen zu können. Er hat auch bereits bei dem zuständigen Londoner Gerichtshof seine Ansprüche auf die Halbinsel geltend gemacht und die erforderlichen Beweisstücke vorgelegt. Es ist der Rabbi der sephardischen Gemeinde in Montreal, Isaac de la Penha. Ein Vorfahre des Rabbis, Josef de la Penha, der ein angesehener holländischer Kaufmann und Reeder war, hat im Jahre 1697 Willem III., dem König-Statthalter von Kanada, mit eigener Lebensgefahr das Leben gerettet, als Willems Jacht von einem Seesturm übel mitgenommen wurde. Darauf machte ihm Willem ein königliches Geschenk, das heißt eines, das ihn nichts kostete. Er übersendete seinem Retter ein Schriftstück, wonach das eben erst entdeckte Labrador mit allem, was sich darauf befinde, ihm und seinen Erben auf ewige Zeiten erb- und eigentümlich gehören sollte. Da die ewigen Zeiten noch nicht verstrichen sind, macht jetzt der Rabbi von der Urkunde Gebrauch.

**Was so ein Generaldirektor Alimente zahlen kann.** Ein in diesen Zeiten wohl vereinzelt dastehender Alimentationsprozeß, bei dem es sich um Rententeiträge handelte, durchlief kürzlich in Wien alle drei Instanzen bis zum Obersten Gerichtshof Oesterreichs, um endlich mit einem Vergleich zu enden. Beim Bezirksgericht Innere Stadt klagte die geschiedene Frau des Generaldirektors der Hirtenberger Patronenfabrik, Mandl, ihren Gatten auf Zahlung von nicht weniger als 50.000 Kč monatlich. Bei der Verhandlung, zu der außer vielen anderen Zeugen auch die Vorstände sämtlicher Wiener Großbanken geladen waren, führte der Vertreter der Klägerin, ihr eigener Vater, Dr. Ludwig Strauß, aus, daß der Beklagte, sein gewesener Schwiegersohn, ein Jahreseinkommen von mindestens einer Million Schweizer Franken (sechs Millionen Kč) habe und es für ihn daher ein leichtes sei, den verlangten Betrag zu bezahlen. Das Urteil der ersten Instanz, gegen das beide Teile die Berufung ergriffen hatten, sprach der Klägerin einen Betrag von monatlich 20.000 Kč zu. Die Berufungsverhandlung endete jetzt mit einem Vergleich, demzufolge Generaldirektor Mandl sich zur Zahlung eines Betrages von 1,750.000 Kč als einmalige Abfertigung verpflichtete und weiter 15.000 Kč monatlich, sollte sich die Klägerin aber wiederum verehelichen, nur 10.000 Kč.

**Der Trebitsch-Lincoln ist wieder da.** Aus London wird gemeldet: Der bekannte Abenteurer Trebitsch-Lincoln ist wieder aufgetaucht. „Daily Expreß" zufolge soll er Europa in Diensten der Kantoner Regierung bereisen, um für sie eine Anleihe zustande zu bringen und Munition anzukaufen.

**Desinfizieren deine Tasche!** In diesen Zeiten der Grippeepidemien ist eine Ansteckung besonders gefährlich, und alle hygienischen Maßregeln, die sie verhindern können, verdienen Beachtung. Auf eine „Kulturrückständigkeit erster Art", die in der Aufbewahrung unseres Taschentuchs besteht, weist Albert Hofmann in einer Zuschrift an die „Umschau" hin. Der Stoff der Taschen nimmt vom Taschentuch die Auswurfstoffe auf, schreibt er. Zum richtigen Austrocknen gelangen sie nie, solange das Kleid am Leibe getragen wird. Während des Sommers bleibt die Wintergarderobe im Schrank, und wenn du bei Beginn des Winters in deine frisch aufgebügelte Kluft steigst und ein frisches Taschentuch in die Tasche steckst, so ahnst du nicht, daß dieses Taschentuch sich beim Tragen mit Keimen beladet. Wenn du es nun benützt, so nimmst du die Ableger deiner vorjährigen Schnupfen, Grippe usw. wieder auf. Abhilfe schafft nur eine in kurzen Abständen wiederholte Desinfektion der Tasche. Geschehen könnte dies durch die Sonne, durch ein heißes Bügeleisen oder durch Chemikalien. Einknöpftaschen aus Leinwand, die alle acht bis zehn Tage, in Krankheitsfällen öfter, gewechselt und durch Kochen gereinigt werden, sind sehr empfehlenswert. Ein anderes Mittel besteht darin, die Taschen aus Gummistoff zu machen, da diese leicht zu reinigen sind. Aber nicht nur die Kleidertaschen verdienen diese Sorgfalt. Auch die Damentaschen, Hand- und großen Reisekoffer sollten regelmäßig besonnt und desinfiziert werden.

**Deutschnationale Volksbildungsarbeit.** In der Zeit vom 2. bis inklusive 5. Jänner l. J. fand bekanntlich in Prag der vom Sonderausschuß für das gesamte Volksbildungswesen beim Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper im Einvernehmen mit dem Ministerium für Schulwesen und Volkskultur veranstaltete Volksbildnerlehrgang statt. Einigen deutschnationalen Herren paßt die Tätigkeit des Sonderausschusses für das gesamte Volksbildungswesens nicht und sie bemühen sich seit längerer Zeit auf alle mögliche Art Schwierigkeiten zu machen. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Gesellschaft für deutsche Volksbildung in Teplitz in Gemeinschaft mit der Volksbildungskanzlei in Reichenberg, welche Körperschaften sich unter deutsch-völkischer Leitung befinden, just in derselben Zeit eine dreitägige Arbeitsgemeinschaft deutscher Volksbildner nach Reichenberg einberufen haben. Zu dieser Tagung wurden nun, wie wir jetzt erfahren, die gesetzmäßig bestehenden Bezirks- und Ortsbildungsausschüsse mit Rundschreiben vom 9. Dezember 1926 eingeladen. Als Referenten für die einzelnen Gegenstände, und zwar: 1. „Das Ziel der Volksbildung", 2. „Unser sudetendeutsches Volk vom Standpunkt der Bildungsarbeit", 3. „Wege und Mittel zur Volkserziehung", hat man sich nationale Volksbildner und zwar die Herrn Professor Dr. Saßmann-Wien und Dr. Hofstätter aus Dresden gesichert. In einer Anspielung auf die Prager Volksbildnertagung, wurde in der Einladung festgehalten, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht mit einer Vortragsveranstaltung zu verwechseln sei, die ihre Teilnehmer mit geschlossenen Darbietungen abspeist, sondern, „eine lebendige Gemeinschaft in Bericht und Aussprache" darstelle. Das Schönste an dieser Einladung ist aber die Aufforderung, daß die Teilnehmer an dieser nationalen Trutz- und Sondertagung ihre Reisezuschüsse von den Bezirksbildungsausschüssen und Gemeinden ansprechen sollen. Wenn sich schon die Volksbildungskanzlei des Reichenberger Rathauses dazu hergibt, derartige Sonderveranstaltungen zu unterstützen, so gehört noch eine größere Portion Mut dazu, öffentliche Körperschaften zur Delegierung und Bezahlung der Delegierungskosten aufzufordern. Es fällt uns natürlich nicht ein, eine völkische oder irgend eine andere politische Partei an ihrer eigenen Bildungsarbeit zu hindern, aber die Herrschaften mögen dann auch für die Kosten ihrer parteimäßigen Bildungsarbeit selbst aufkommen, wie dies andere tun müssen. Gegen die Verwendung öffentlicher Mittel für eine derartige Bildungsarbeit, wie sie von der Gesellschaft für deutsche Volksbildung in Teplitz getrieben wird, werden wir uns auf alle Fälle wenden. Die Bezirks- und Ortsbildungsausschüsse aber werden gut tun, wenn sie künftighin Schreiben und Einladungen dieser Gesellschaft gebührend ignorieren.

**Etwas für die Schmutz- und Schundgesetzler.** Aus New York wird gemeldet: Die Theaterdirektion, sowie die Schauspieler und Schauspielerinnen, die an den Aufführungen des Stückes „Die Gefangenen" von Bordet mitgewirkt hatten und verhaftet worden waren, da nach Auffassung der Polizei das Stück unsittlich ist, sind gegen Kaution freigelassen worden. Auch die bereits verfügte Schließung des Theaters, an welchem das Stück gegeben worden war, ist auf eine Beschwerde hin wieder aufgehoben und die Fortsetzung der Aufführungen des Stückes „Die Gefangene" freigegeben worden.

# Sozialistische und bürgerliche Wohnbaupolitik.

## Die Mieten in den Wiener Gemeindehäusern und die Mieten in Prag.

Das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien wird um ein volles Jahr früher verwirklicht sein, als die Sozialdemokraten im Jahre 1923 versprachen. Die Gemeinde Wien hat in etwas über drei Jahren 17.082 Wohnungen erbaut und wird bis Ende 1927 über 25.000, in einem weiteren Jahre 30.000 Wohnungen erbaut haben. Da die Gemeinde auch viele Häuser gekauft und bereits vor 1923 Wohnungen erbaut hat, wird sie nach Fertigstellung des Wohnbauprogramms 47.000 Wohnungen verwalten. Die Christlichsozialen haben, mehr noch als in Wien — wo das Lügen nicht so leicht ist — bei uns, immer wieder von den märchenhaft hohen Preisen erzählt, die für die Wiener Gemeindewohnungen zu zahlen seien. Der nationalsozialistische „Tag" setzte seinen, gegen derlei Humbug entsprechend abgehärteten, Lesern einmal sogar ein langes Feuilleton vor, das ein Gespräch zwischen zwei Wienern wiedergab, deren einer behauptete, er habe seine schöne, billige Wohnung bei dem guten Hausherrn aufgeben müssen und sei, durch Terror gezwungen, in ein Gemeindehaus übersiedelt, dessen hohe Mieten er dann klagend verfluchte. Da ist es ganz interessant in der „Arbeiter-Zeitung" zu lesen, **wie hoch in Wirklichkeit die Mieten in den Gemeindehäusern sind:**

„Die Gemeinde berechnet für die Verzinsung des aufgewendeten Baukapitals den Mietern überhaupt nichts. Die Mietzinse in den neuen städtischen Wohnhausanlagen sind verschieden. Sie richten sich nach der Lage und der Ausstattung der Wohnung. Die Miete wird nach der Größe der Wohnung erstellt und schwankt zwischen zehn bis dreißig Groschen (50 Heller bis 1.50 Kč) für einen Quadratmeter. Bei der Wohnhausanlage auf der Schmelz im ersten Teil beträgt der Pauschalzins zehn Groschen für einen Quadratmeter Wohnfläche monatlich.

**Dort stellt sich eine Wohnung im Ausmaß von 35 Quadratmeter auf 3 S 50 g (17.50 Kč), eine Wohnung von 45 Quadratmeter auf 4 S 50 g (22.50 Kč) und eine Wohnung von 60 Quadratmeter auf 6 S (30.— Kč) monatlich.**

In derselben Wohnhausanlage, aber im dritten Teil, mit bedeutend besserer Ausstattung, werden für einen Quadratmeter Wohnfläche zwölf Groschen berechnet. In fünfzehn Wohnhausanlagen, in den verschiedenen Wiener Bezirken gelegen, werden dreizehn Groschen für einen Quadratmeter Wohnfläche, in einigen anderen Bezirken, je nach der Lage und Ausstattung, sechzehn bis zwanzig Groschen berechnet. Nur in einem einzigen, ganz besonderen Fall, in der Albrigasse, wo in den Wohnungen Bade- und Dienerzimmer eingebaut sind, beträgt die Miete dreißig Groschen für den Quadratmeter monatlich. In den Wohnhausanlagen, in denen die modernen maschinellen Wäschereien eingebaut sind, zahlen die Mieter für die Benützung dieser Anlagen ein monatliches Bauschale, das aber nur die Selbstkosten dieser Wäschereien decken darf. Außerdem haben alle Mieter in den städtischen Wohnhausanlagen wie die anderen Mieter die Wohnbausteuer zu entrichten. Ihre Höhe wird derart ermittelt, daß Wohnungen gleicher Größe zum Vergleich herangezogen werden.

Die Mietzinseinnahmen aus den kommunalen Neubauten werden gesondert verwaltet. Sie dienen zur Deckung der Instandhaltung dieser Häuser. Die Mieter in den städtischen Neubauten sind also von der Sorge befreit, daß bei der Durchführung auch größerer Reparaturen die Pauschalzinse erhöht werden und der Wohnungsaufwand eine stärkere Belastung des Haushalts bildet, wie dies in den alten Häusern vielfach zutrifft."

Vergleichen wir mit diesen Zahlen einmal die Höhe der Mietzinse in einer Großstadt, in der es keine nennenswerte öffentliche Bautätigkeit, sondern nur private Bautätigkeit oder die der Genossenschaften, die auf teuere Kredite angewiesen sind, gibt. Von Ablösegeldern, Baubeiträgen und Genossenschaftsbeiträgen ganz zu schweigen, würden die Mieten für eine gleichgroße Wohnung, wie sie die Wiener Gemeindewohnungen darstellen, in Prag etwa betragen:

**statt 17.50 Kč**

a) in einem Genossenschaftshaus etwa **50 bis 150 Kč,**
b) in einem alten Haus bei gesetzlich erhöhtem Zins etwa **40 bis 70 Kč,** meist aber ungesetzlich erhöht bedeutend mehr,
c) **in einem privaten Neubau etwa 200 bis 400 Kč;**

**statt 22.50 Kč**

a) etwa **200 Kč,**
b) etwa **80 bis 100 Kč,**
c) etwa **400 bis 600 Kč.**

Eine **Wohnung von 60 Quadratmetern in einem neuen Hause** kostet heute in Prag, abgesehen von der Ablöse, mindestens **monatlichen Zins von 500 Kč,** wahrscheinlich aber bedeutend mehr, da wir unsere Zahlen eher zu niedrig als zu hoch gegriffen haben. Eine Statistik der Mieten gibt es bei uns nicht und die gesetzliche Miete wird fast nirgends eingehalten, bei Neuvermietungen immer durchbrochen. Die Mieten, die in neuen Häusern gefordert werden, halten sich aber um **7000 bis 12.000 Kč jährlich.** Dazu kommt noch, daß bei uns niemand Arbeiterwohnungen baut, sondern fast alle privaten Unternehmer Zwei- bis Sechszimmerwohnungen bauen, weil sie diese eher vermieten können und von den gut situierten Wohnungsuchenden auch jeden Preis bezahlt bekommen. **Kleinwohnungen im eigentlichen Sinne werden in Prag überhaupt nicht gebaut,** höchstens werden **einzelne Zimmer ohne jedes Zubehör,** ohne Abort, Gasherd oder Korridor, in den sogenannten „Boarding-Houses" angeboten. Der Preis eines solchen Zimmers beträgt, wie wir an konkreten Beispielen festgestellt haben, **350 bis 500 Kč monatlich!**

Die Wiener Wohnbausteuer ist so niedrig, daß sie bei den kleinen Wohnungen kaum die Höhe der Miete erreichen dürfte, also zu dieser hinzugezählt noch lange nicht den denkbar niedrigsten Preis einer Prager Wohnung (wie er praktisch kaum noch irgendwo besteht) ergibt. **In Prag zahlt man dagegen der Gemeinde 39 Prozent der Miete als Wohnungsabgabe, was die genannten Zinse in den alten Häusern, wenn man noch den Wasserzins dazunimmt, um die Hälfte erhöht und man hat nicht wie in Wien das Bewußtsein, daß für die gezahlte Steuer Wohnungen gebaut werden, sondern man kann bei dem Besuch ausländischer Delegationen und bei nationalistischen Festen sehen, wie das sauer verdiente Geld, das der Gemeindefiskus von den Arbeiterwohnungen als Steuer einhebt, mit vollen Händen für Propaganda und unnützen Pflanz auf die Straße geworfen wird.**

Die Gemeinde Wien baut aber **so billig** bauen, weil sie **nicht borgt,** weil sie nicht, wie auch die Baugenossenschaften bei uns, ein immenses Baukapital verzinsen muß, sondern bar bezahlen kann. Ein Wohnhausblock, der 100 Millionen Kč kostet, würde eben, wenn die Gemeinde eine Anleihe zu 8 Prozent aufnähme (die sie zu diesen Zinsen kaum bekäme), die in dreißig Jahren zu amortisieren wäre, rund 120 Millionen mehr kosten, die im Laufe der dreißig Jahre von den Mietern bezahlt werden müßten. **Es gibt kein billiges Wohnen, für den Arbeiter überhaupt kein Wohnen, ohne eine rationelle öffentliche Bautätigkeit, die aber ist nur möglich nach dem Wiener System einer progressiven Wohnbausteuer. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache und man sucht vergebens nach einem Ausdruck für die geistige Qualität jener Leute, die noch immer den Lügen der christlichsozialen Zutreiber des Finanzkapitals Glauben schenken.**

**Seine eigene Frau erstochen!** In Mariaschein hat am Mittwoch, den 9. Feber, abends, der 26jährige Anton Kittl seine Frau, mit der er erst seit zehn Monaten verheiratet ist, mit einem Küchenmesser erstochen. Das Ehepaar Kittl wohnt im Gasthause „Zum Buren". Die Frau kam um 6 Uhr abends aus der Arbeit nach Hause. Kittl kam dann später in die Wohnung einer Hausparkei und übergab dort den Schlüssel mit den Worten: „Ich habe meine Frau erstochen." Die Mordtat geschah, ohne daß die übrigen Hausparteien etwas gewahr wurden. Der sofort herbeigerufene Arzt, Herr Dr. Simonis, konnte nur mehr den eingetretenen Tod infolge tötlichen Stiches in das Herz konstatieren. Die sofort alarmierte Gendarmerie verhaftete den Mörder und überführte ihn Donnerstag in das Kreisgericht nach Leitmeritz. Das eigentliche Motiv der Tat ist noch nicht klargestellt. Kittl ist tuberkulös und nervenkrank und war obendrein noch arbeitslos. In den letzten Tagen ist es zwischen den Ehegatten zu Eifersuchtsszenen gekommen. Die Mordtat, die im Orte sofort bekannt wurde, setzte die ganze Bevölkerung in Aufregung und es sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Gebäude an, so daß der Platz abgesperrt werden mußte.

**Das Einkommen von Bankdirektoren.** Gegenwärtig führen die Bankbeamten einen Kampf um ihren Kollektivvertrag. Man hat in der letzten Zeit die Rechte der Bankbeamten immer mehr eingedämmt, viele Bankbeamte abgebaut und den übrigen das Einkommen gekürzt. Diese Kürzungen betrafen freilich nicht die Bankdirektoren. In der Živnostenska Banka gibt es fünf sogenannte Oberdirektoren, und zwar Dr. Preis, Tille, Bělohlebek, Kasparek, Dvořaček. Diese fünf Herren haben einen Gehalt von zusammen 10,540.000 Kronen, das heißt jeder einzelne ein Fixum von etwa zwei Millionen Kronen. Dazu kommen noch Verwaltungsratstantiemen — von den Herren sitzt ja jeder in einer Reihe von Verwaltungsräten der dem Konzern der Živnostenska Banka angehörigen Industriegesellschaften — so daß sich das Einkommen jedes dieser Herren auf drei bis vier Millionen Kronen belaufen dürfte. So schauen also diejenigen aus, die von der Herabsetzung der Regie in den Banken und von der notwendigen Reduzierung der Beamtengehälter reden.

**Flugverbindung Oslo—Harwich.** Der Norwegische Luftfahrverein beabsichtigt die Einrichtung einer Flugverbindung Oslo—Harwich. Die ersten Probeflüge werden in der nächsten Woche mit dem Polflugzeug „N. 25" unternommen werden, das Amundsen bei seinem ersten Flug zum Pol benützte. Das Flugzeug startet von Horten und wird über Christiansund nach der jütländischen Küste und Cuxhaven und von dort über Amsterdam nach Harwich weiter fliegen.

**20.000 Kilometer auf dem Fahrrad.** In Schitomjer trafen Montag die zwei sowjetrussischen Radfahrer Knazew und Schreiber ein, die von ihrer Fahrradreise um die Welt zurückkehrten. Die Radfahrer verließen im Jahre 1924 Moskau und durchquerten per Rad Sibirien, China, Japan, Mexiko, Deutschland und Polen. Im ganzen legten sie 20.000 Kilometer zurück.

**Friedensopfer des Militarismus.** Nach einer Meldung des „Bayrischen Kuriers" ereignete sich ein ernster Unfall beim Scharfschießen einer Artilleriebatterie, die in den Aschauer Bergen ihre Winterübung abhält, und die Gebirgsgeschütze auf die Kampenwand geschafft hatte. Beim ersten Schuß entstand ein schweres Unglück dadurch, daß der Rohrrücklauf eines Geschützes infolge Einfrierens der Bremsflüssigkeit nicht funktionierte, und der Verschluß nach rückwärts unter die Bedienungsmannschaft geschleudert wurde. Der Geschützführer und zwei Kanoniere wurden schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

**Im Dienst getötet.** Mittwoch früh ereignete sich am Bahnhof in Falkenau ein gräßliches Unglück. Der Lokomotivführer Josef Rölz aus Falkenau hatte eine leere Maschine mit einem Lastzuge zu begleiten. Rölz verließ vor Abfahrt des Lastzuges nochmals die Maschine, wahrscheinlich, um sich in das Heizhaus zu begeben. Als er das Geleise überschritt, wurde er von dem aus Prag kommenden, gerade in die Station einfahrenden Personenzuge überfahren und sofort getötet. Rölz war verheiratet und Vater von drei unversorgten Kindern.

**Mysteriöses Verschwinden junger Mädchen in Preßburg.** Mit dem mysteriösen Verschwinden eines seit elf Tagen aus dem Elternhaus abgängigen 16jährigen Mädchens aus Preßburg, das vermutlich entführt wurde und über dessen Verschwinden sich kein Anhaltspunkt ergab, wird sich demnächst der bekannte Graphologe Scheermann beschäftigen. Ebenfalls verschwunden ist aus Preßburg ein 17jähriges Mädchen und aus Neutra ein dreizehnjähriges Mädchen.

**Totschlag eines Grippekranken.** In Ebersweier in Baden litt der 26jährige Heinrich Männle seit einiger Zeit an Kopfgrippe. Als er die befreundete Familie des Stellmachers Gumpp besuchte, schickte ihn Frau Gumpp zur Zerstreuung zu ihrem Manne in die Werkstatt. Mitten in der Unterhaltung, während Gumpp arbeitete, ergriff Männle plötzlich eine Axt und spaltete Gumpp den Schädel. Der Tod trat auf der Stelle ein. Gumpp hinterläßt außer seiner Frau noch vier Kinder. Die Kopfgrippe scheint bei dem Täter eine geistige Verwirrung hervorgerufen zu haben, denn er starb in bestem Einvernehmen mit dem Getöteten. Der Vater Männles befindet sich seit einiger Zeit wegen Geisteskrankheit in einer Anstalt. Vor dem Staatsanwalt konnte sich der Täter an nichts mehr erinnern.

**Der Heiratsschwindler auf dem Hapag-Deck.** In Berlin hatte sich der frühere Koch eines Hapag-Dampfers, Robert Lowisen, wegen Betrugs im Rückfall zu verantworten. Er bezeichnete sich, durch Bescheidenheit nicht gehemmt, als den „schönsten Mann aus Amerika" und hatte bei heiratslustigen Damen stets großen Erfolg. Während der Ueberfahrten zwischen Amerika und Deutschland warf er sich in seinen dienstfreien Stunden in vornehme Kleidung und promenierte auf Deck. Statisch gewachsen, wie er war, fand er leicht Anschluß beim weiblichen Geschlecht. Dabei erfuhr er auch die Adressen von Angehörigen, darunter solche von zahlreichen Witwen in Berlin und Umgebung. Nach Deutschland zurückgekehrt, sprach er bei diesen vor und bestellte Grüße von den Verwandten, die sich nach der Neuen Welt begeben hatten. Er steuerte sehr rasch auf sein Ziel los und ließ die Witwe wissen, daß er einer Verheiratung nicht abgeneigt sei. „Sie werden es nicht bereuen, wenn Sie mit mir zum Traualtar gehen." Damit zerstreute er alle Bedenken. Sein Glück war groß, er errang nicht nur die Liebe, sondern auch Geld und andere Kostbarkeiten. Das Geld mußte er mit dem Hinweis herauszulocken, daß er als amerikanischer Staatsbürger nicht so schnell in Europa über sein Geld und seine Papiere verfügen könne. Der Angeklagte gab seine Verbrechen zu und gefiel sich in der Rolle des reuigen Sünders. Obwohl er nicht weniger als 15mal vorbestraft ist, würdigte das Gericht zu seinen Gunsten die allzugroße Vertrauensseligkeit der heiratslustigen Damen aller Klassen. So wurden Lowisen noch einmal mildernde Umstände bewilligt und die Strafe auf eineinhalb Jahre Gefängnis bemessen.

## Heiteres.

**Die Minderheit.** Bei einer Premiere seiner Stücke wurde Shaw gerufen, das Publikum tobte vor Begeisterung, nur von der Galerie pfiff einer. Da rief Shaw hinauf: „Ich bin ganz Ihrer Meinung, aber was können wir beide gegen diese Majorität ausrichten?"

**Musik.** Im Cafehaus spielt die Jazzkapelle plötzlich, ohne Warnung, das Leitmotiv der zweiten Symphonie von Beethoven. „Feine Sache," marschiert Bildung zum Kapellmeister, „was war denn das?" Der Schwarzgelockte nimmt pomadig seine braungebundenen Noten und sagt: „Nummer 197."

# Der gefährliche Tabakrauch.

Vor kurzem hat einer der erfahrensten alten Berliner Aerzte, Professor Fürbringer, in einem medizinischen Verein über die Gefahren des Tabakrauches einen Vortrag gehalten, der auch für Nichtärzte — ob Raucher, ob Nichtraucher — von großem Interesse sein dürfte.

Seit dem Unheilsjahre 1914 ist die Verbreitung der Rauchsitte großen Schwankungen unterworfen. Während des Krieges wurde im Heere aufs stärkste geraucht, während im Verlauf der Inflationszeit dank der unsinnigen Preissteigerungen der Tabakskonsum seinen Tiefstand erreichte, um nach Abklingen der Inflation über die Vorkriegszeit hinaus in allen Schichten der Bevölkerung ungeheuer anzuschwellen. Insbesondere stieg der Tabakverbrauch in den Reihen des weiblichen Geschlechts.

Im Vordergrunde des Rauchproblems steht das Nikotin, dem gegenüber alle sonstigen Bestandteile des Tabaks zurücktreten. In reiner Form ist Nikotin ein ungemein heftiges Gift — etwa wie die Blausäure. Im Brand des pflanzlichen Gewebes wird jedoch das Nikotin zum Teil zerstört; also nur ein Bruchteil des Nikotins gelangt durch den Rauch in den Körper. Uebrigens sagt die Farbe des Zigarrendeckblattes nicht stets etwas über die Schwere des Tabaks aus. Durchschnittlich enthält das Kraut 1—2 Prozent Nikotin; in der österreichischen Virginia finden sich bis 7 Prozent. Je frischer und feuchter der Tabak ist, umso größer seine Wirkungen. Bei trockener abgelegter Ware ist die hinter der Glühstelle liegende Schicht, die das Gift zerstört, breiter als bei schlechtem Material. Die Frage, ob nur die „grün" geraucht Importen zu den schweren Tabaken dagegen nicht, bedarf noch der Klärung. Die Zigaretten sind schwerer als der mittlere Tabak, leichter als der gewöhnliche Pfeifentabak — alles jedoch mit Ausnahmen. Die auf den Markt gelangende Ware, die vorbehandelt ist, muß als wesentlich leichter angesprochen werden als die unbehandelten Blätter des Tabaks, die der Tabakbauer selber raucht.

Höchst wichtig ist die Art, wie geraucht wird. Schon bei dem Durchgang des Rauches durch die Nase steigt die Aufsaugung des Nikotins deutlich an. Bei dem Lungenraucher jedoch ist die Menge des von der Schleimhaut der Bronchien aufgenommenen Giftes etwa achtmal so hoch als beim Mundraucher. Noch bedenklicher ist das nasse Rauchen, wenn nikotinreicher Tabaksaft in die Mundhöhle gelangt.

Die akute Nikotinvergiftung ist wohl den meisten Rauchern vom „Genuß der ersten Zigarre" her bekannt. Hier kommt es zu Ohnmachtsanwallungen, zu Elendsgefühlen, Schweißausbrüchen, Beklemmungen, Speichelfluß, Erbrechen und Stuhldrang; vielfach treten auch Kopfschmerzen, Angst, Zittern und gesteigerter Harndrang auf. Die Gesichtsfarbe wird krankhaft blaß, der Puls ist beschleunigt; ausnahmsweise kann es zu Bewußtlosigkeit, zu Krämpfen kommen; im frühen Kindesalter auch zu tödlichem Ausgang. Da das Gift schnell ausgeschieden wird, so pflegen die Erscheinungen schon nach einem halben Tage vorüberzugehen.

Weit schwieriger sind die Zusammenhänge zwischen Gewohnheitsrauchen und chronischen Gesundheitsstörungen festzustellen. Sicherlich ist eine Gewöhnung möglich: das geht schon daraus hervor, daß Kraftnaturen viele Jahre, ja Jahrzehnte über starke Raucher sein können, ohne nachweisbaren Schaden zu erleiden. Aber mit Recht betont Prof. Fürbringer, daß die Giftfestigkeit ihre Grenzen hat; fast ausnahmslos hat er bei leidenschaftlichen Kettenrauchern Zeichen einer ausgesprochenen chronischen Nikotinvergiftung gefunden.

Unzweifelhaft beeinflußt das Nikotin das Herz: ganz besonders deutlich das kranke Herz; denn regelmäßig klagen Herzleidende unmittelbar nach dem Rauchen über Steigerung ihrer Beschwerden. Gewöhnlich machen sich auch die ersten Anzeichen der chronischen Nikotinvergiftung am Herzen bemerkbar. Schon nach geringen Anstrengungen wird über Herzklopfen geklagt, über Drücken, Schmerzen, Beklemmungen in der Herzgegend; fast stets ist der Puls beschleunigt. Sobald mit dem Rauchen ausgesetzt wird, klingen die Erscheinungen ab — ein unwiderleglicher Zusammenhang zwischen Gewohnheitsrauchern und Herzbeschwerden. Wird der Tabakkonsum trotz der Beschwerden weiter fortgesetzt, so kommt es zu Aussetzen der Herztätigkeit, zu Luftknappheit und jagendem Puls. Ob sich als Folge von Tabakmißbrauch ein organischer Herzfehler entwickeln kann, ist noch umstritten. Der ursächliche Zusammenhang zwischen Rauchen und Arterienverkalkung ist mehr als wahrscheinlich. Wie es ein Alkoholherz und eine Alkoholadernverkalkung gibt, so dürfte es auch ein Tabakherz und eine Tabakadernverkalkung geben.

Von Seiten der Atmungsorgane ist nur der hartnäckige Schnupfen und der Bronchialkatarrh bei Nasen- und Lungenrauchern zu erwähnen. Dagegen bilden sich häufig im Anschluß an starkes Rauchen in den oberen Speisewegen, dem Magen und Darm höchst unliebsame Erscheinungen aus. Erfahrungsgemäß kommt der Zungen- und Lippenkrebs bei starken Pfeifenrauchern besonders oft vor — wohl als Folge des mechanischen Reizes, den das ständig festgehaltene Pfeifenmundstück setzt. Charakteristisch für starkes Rauchen ist weiterhin die dunkle Verfärbung der Zähne. Die Behauptung von der desinfizierenden Kraft des Tabakrauches harrt noch des Beweises. Ungemein oft finden sich bei leidenschaftlich betriebenem Rauchgenuß Magenstörungen, ja sogar richtige Magenkatarrhe; besonders in die Augen springend ist starker Appetitmangel. Die wichtigste Störung von Seiten des Darmes besteht in der Neigung zu Durchfällen. Bei vielen Rauchern tritt prompt Stuhlträgheit auf, sobald die morgendliche Zigarre entzogen wird. Auf die Sexualsphäre übt übertriebenes Rauchen auch recht ungünstige Wirkungen aus; vorzeitige Alterserscheinungen sind bei starken Rauchern keine Seltenheit. Auch das Tierexperiment hat die gleichen Ergebnisse gezeitigt. Seit langem bekannt sind die als Begleiterscheinungen des chronischen Nikotinismus hier und da auftretende Störungen von seiten der Augen und Ohren — von leichter Ermüdbarkeit bis zur Ausschaltung der Organfunktion.

Die Nikotinschädigungen des Nervensystems äußern sich in mannigfaltiger Weise: in Zittern, Schwindel, Kopfschmerzen, Neuralgien, Schlaflosigkeit, Gedächtnisschwäche, mangelhafte Konzentrationsfähigkeit usw. Andererseits bringt die Enthaltsamkeit von dem bisher geübten starken Rauchen — gleich der Abstinenz des Morphinisten und Kokainisten — recht quälende nervöse Erscheinungen mit sich, die dem Nikotinhunger zur Last fallen. Chronischer Nikotinismus mit tödlichem Ausgang dürfte wohl kaum beobachtet worden sein; es ist jedoch mehr als wahrscheinlich, daß er bei Trägern organischer Leiden lebensverkürzenden Einfluß besitzt.

Mit der überwiegenden Mehrzahl der Aerzte steht auch Prof. Fürbringer auf dem Standpunkt, daß für Jugendliche unter 17—20 Jahre das Rauchen nicht zu gestatten sei, da der wachsende Körper mehr als der des reifen Menschen durch das Nikotin gefährdet ist. — Schließlich wäre noch die Frage zu erörtern, welchen angenehmen Eigenschaften der Tabak seine ungeheure Verbreitung zu danken hat. Nun er bringt — gleich den Genußmitteln Kaffee und Tee — behagliche Geistes- und Gemütsstimmung, erhöhte Lust zu geistiger und körperlicher Arbeit mit sich. Viele Raucher beantworten die Frage: „Warum rauchen Sie?" mit den Worten „Weil's schmeckt", die andere große Gruppe: „Weil's beruhigt"; und die dritte Kategorie: Weil's anregt". Die scheinbar entgegengesetzten Antworten dürften die unterschiedliche Wirkung des Nikotins bei den einzelnen Individuen durchaus beweisen.

(Soz. Pressedienst.)

# Am Fenstergitter.

Es ist kein kunstvolles maurisch-andalusisches Gestänge, durch das Liebespaare ihre heißen Worte rauschen, es ist kein Gitterwerk, durch das der Gefangene sehnsüchtig in die Freiheit späht, es ist ein ganz gewöhnliches vergittertes Gangfenster, und wenn beim Läuten nicht gleichzeitig das Signal erklingt, das für mich: Gut Freund! bedeutet, dann laufe ich zu diesem Gangfenster, um zu sehen, wer Einlaß begehrt.

Draußen steht ein tadellos eleganter Herr. Ich bin mir sofort klar, daß es entweder ein Herzog oder ein abgebauter Bankbeamter ist. Als er erfährt, daß er „mit der Gnädigen persönlich" spricht, lüftet er anmutsvoll den Hut und lächelt ein Lächeln, um das ihn jeder Friseurladenlopf beneiden könnte. Ob der Herr Gemahl zu Hause ist? Es erweist sich, daß der Herr Gemahl nicht daheim weilt. Oh, das macht nichts — wenn er sich erlauben darf zu sagen umso besser. (Die Sache beginnt romantisch zu werden.) Es ist nämlich — eine ganz neue Erfindung — fast kein Stromverbrauch — unbegrenzte Haltbarkeit — bequeme Ratenzahlungen — — Ich bin enttäuscht. Und erkläre einen Staubsauger zu besitzen. Das „kolossal verbesserte, neue Konstruktionssystem" rührt mich nicht. Der Herzog macht einen letzten Versuch: „Haben Gnädigste vielleicht einen Apparat von unserer Firma? In diesem Falle gestatten Gnädigste vielleicht — —" Es ist nichts mit mir zu machen, denn mein Apparat ist von der „Firma" Gemeinde Wien. Ob er sich sonst vielleicht auf mich „berufen" dürfte. Ich lehne ab, worauf sich der Herzog in den Nachbarhäusern auf meinen „Herrn Gemahl" beruft. Das habe ich ihm allerdings nicht verboten.

Die Glocke zirpt. Ein älterer, wohlbeleibter Mann: „Hochgeehrte und hochgeschätzteste gnädige Frau — —" Nein, ich habe nichts zu verkaufen. Das Fenster fliegt zu. Aber draußen wimmert es: „Ich bin nämlich in der Lage, die unerhörtesten Preise für alte Herrenschuhe — —"

Dann wird es lebhaft auf unserem Gang. Ein junger Mensch und ein blutjunges Mädchen richten sich auf den Treppenstufen mit einer Ziehharmonika ein. Und singen ein äußerst gefühlvolles Lied vom „Zigeunerkind", das das Unglück hat, „immer nur fern" zu sein. Damit sich „Hat keiner gern" darauf reimt. Kaum ist das Lied verklungen, stellt sich der Mann in Positur: „Hochverehrte Hauseinwohner! Infolge dem Abbau und der Arbeitslosigkeit, sind wir in die traurige Lage versetzt, wofür wir Ihnen im vorhinein den besten Dank sagen." Alle Gangfenster klirren wie auf Kommando. Abbau, Arbeitslosigkeit — das ist ein Sesam-öffne-dich, dem heute keine Proletarierfrau Widerstand leisten kann.

„Haben Sie schon gehört", sagt der blasse schäbig gekleidete Mann mit eintöniger Stimme und sehr geschäftsmäßig, „haben Sie schon gehört, daß das Reich Gottes wieder erstanden ist, und daß wir alle eingehen werden in die ewige Seligkeit?" Ich habe es noch nicht gehört. Trage auch weder nach der Botschaft noch nach der Versammlung der Innern Mission irgendwelches Verlangen. Daß ich heulen und Zähneklappern werde — sehr möglich. Obwohl andererseits — na, warten wir's ab.

Ein kleines flinkes Persönchen drückt mir ein Heft in die Hand. „Nehmen Sie nur, nehmen Sie nur", piepst sie, „Sie können's wieder zu übergeben, wenn Sie's nicht wollen. Unverbindlich ganz unverbindlich." Ich sah mir das Heftchen an. Die richtige Frauenzeitung. Mit den Schnitten verdirbt man sich die Kleider, mit den Romanen den Geschmack. Die „Unverbindlichkeit" ist nun auf meiner Seite, da ich das Heft der quirligen kleinen Agentin zurückgebe.

Es läutet, ein-, zwei-, dreimal. Hart und schrill. Vor der Tür steht eine Jammergestalt. Ein Kriegsblinder. „Ich bin kein Einbrecher", beginnt er und ich muß beinahe lachen über diese Versicherung. Aber bei seiner Geschichte vergeht einem das Lachen. Er zeigt die beiden leeren ausgeschossenen Augenhöhlen. Simulant ist er nicht, das steht fest. „Sagen Sie, Frau", meint er vertraulich, da wir fertig sind, „wohnen da noch andere bessere Parteien im Haus?" Die „besseren" Leute sind bei uns selten. Aber ich beruhige den Mann — er wird kaum an eine Türe vergeblich klopfen. Trotzdem er ein Ostjude ist.

In unverkennbarem preußischen Schnaubetöne heißt es: „Ach, wollten Sie wohl gütigst einen durchreisenden Handwerksburschen eine kleine Unterstützung — — —". Aergerlich und trotz meiner Gewohnheit sage ich: „Wenden Sie sich doch ans deutsche Konsulat." „Mit Exes bin ich versehen", („Exes" ist ein jüdisches Jargonwort und bedeutet Ratschläge) antwortet der Reichsdeutsche nicht mehr preußisch. Fenster und Mund bleiben nur eine Weile offen stehen. Der „Handwerksbursche" grinst in tiefer Befriedigung.

Ein junger Mann, blaß, schmal, Fazistenfrisur, abgetragene Kleider, die aus besseren Tagen stammen. Beim Sprechen sieht er nervös und starr auf seine Fingerspitzen. Er kommt „auf Empfehlung von Frau Willinger. Ich kenne sie nicht. „Doch, gnädige Frau, denken Sie nach." Ich denke nach, aber es nützt nichts. Der Name Willinger dämmert nicht heran. Mein Besucher wird dringlicher. Er erzählte — in allgemeinen Redensarten — daß er „unsagbar Schweres mitgemacht", daß es ihn „unbeschreiblich peinlich" ist und daß er zwei Stunden quer durch Wien gewandert ist, um mich aufzusuchen. Dann beginnen wir einander anzulügen. Er gibt mir die Adresse der Frau Willinger (die natürlich nie existiert hat) und ich versichere ihm, daß es mir „beim besten Willen" nicht möglich ist — — —. Er ist unvergleichlich tüchtiger als ich, wahrscheinlich hat er mehr Uebung. Er ist auch stärker in der Erfindung, denn während ich immer nur wiederhole: es tut mir wirklich leid, ich bedaure aufrichtig, glauben Sie mir — — —, erzählt er mir in dreißig Variationen, daß er die Tage in der Universitätsklinik und die Nächte auf der Straße verbringt und daß ich und insbesondere ich ihm für die nächsten zwei Nächte ein „Bett" bezahlen müsse. Er bittet nicht, er befiehlt, den Blick starr auf die Fingerspitzen gerichtet. Aber den Endsieg trägt er doch nicht durch eine Lüge, sondern durch eine Wahrheit davon. Mit einem Blick auf die Bücher, die er unter dem Arm trägt, frage ich: „Sie sind Student?" „Nein", sagt der Schützling der Frau Willinger trotzig, „ich bin gar nichts. Ich bin ein Pechvogel. Das ist mein Beruf." Ich konnte nicht anders, ich habe ihm das Nachquartier bezahlt. Man darf einen Kolleren nicht im Stich lassen.

Klara Mautner.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

**Das Beste für Ihre Augen**
liefert Optiker Deutsch, Prag,
Gruben 25, Kl. Bazar. 1633

SANA BUTTER GLEICH

**Wer zuletzt kommt, kauft am besten!** Jene Damen, welche sich nicht übereilt haben, werden sich freuen, denn — jetzt — bietet sich die wirkliche Gelegenheit, erstklassige Damenwäsche vorzüglicher Qualität, schön, gut und billig, bei der Firma **Rudolf Reach, Prag, Ulice 28. října 10,** anzukaufen. Dieselbe verkauft vom 14. Feber an durch kurze Zeit Damenwäsche 20 bis 50 Prozent unter dem Preise. 4552a

## Volkswirtschaft.

**Prager Produktenbörse.** (Offizieller Bericht vom 11. Feber.) Der heutige Markt wies keine bedeutendere Veränderungen auf. Der Getreidemarkt war geschäftslos und die Preise aller Sorten blieben gegenüber den Dienstagsnotierungen unverändert. Nur Hafer zeigte eine weitere Befestigung, während bei Gerste das Angebot überwiegend ohne Nachfrage blieb. Roggen und Weizen blieben ruhig. Der Maismarkt war ebenfalls ruhig, nur jugoslawischer gab etwas nach. Amerikanisches Fett blieb unverändert, ungarisches war bei ziemlicher Nachfrage fester. Auf den übrigen Marktgebieten blieben die letzten Dienstagsnotierungen unverändert nominell in Geltung. — Es notierten in Kč: Weizen böhmischer, Prag 235—245, Roggen böhmischer, Prag 215—220, Gerste Ia 174—176, Merkantilgerste 160 bis 165, Hafer böhmischer Ia, Prag 154—158, fenchter 151. Mais jugoslawischer, ab Bratislava 119, amerikanisches Fett, ab Tetchen 13.10—13.20, ungarisches, ab Szob 13.90—14.00.

### Devisenkurse.

**Prager Kurse am 11. Feber.**

| | Geld | Ware |
|---|---|---|
| 100 holländische Gulden | 1348.75 | 1354.75 |
| 100 Reichsmark | 798.10 | 802.10 |
| 100 Belgas | 468.62½ | 472.62½ |
| 100 Schweizer Franks | 648.50 | 651.50 |
| 1 Pfund Sterling | 163.22½ | 164.42½ |
| 100 Lire | 146.31 | 147.70 |
| 1 Dollar | 33.61½ | 33.91½ |
| 100 französische Franks | 132.50 | 133.70 |
| 100 Dinar | 59.20 | 59.70 |
| 100 Venoös | 560.12½ | 563.12½ |
| 100 polnische Zloty | 374.25 | 376.25 |
| 100 Schilling | 474.75 | 477.75 |

## Gerichtssaal.

### Wenn man der Bruder eines Ex-Senatspräsidenten ist . . .

**Prag,** 11. Feber. Wenn man der Bruder eines Ex-Senatspräsidenten der Tschechoslowakischen Republik ist, was ist dann? Der gewöhnliche Sterbliche wird glauben, dann ist man nicht mehr und nicht weniger als jeder andere Staatsbürger, aber der Bruder des berühmten Herr Expräsidenten Prašek, mit Namen Vaclav Prašek, geb. 1863, Großgrundbesitzer in Roztoky bei Prag, scheint anderer Meinung zu sein. Dieser hochwohlgeborene Herr hat sich nämlich laut Anklage des Staatsanwaltes folgendes geleistet: Ein armes Weib, namens Buckova, ging am 6. Juni 1926 in den Wald bei Roztoky, der diesem Großagrarier Prašek gehört, und las dort ein wenig Reisig auf. Es war noch dazu eine schwangere Frau im sechsten Monate. Herr Großgrundbesitzer Prašek, der sie „ertappte", schlug sie mit dem Regenschirm, stieß sie in den Bauch, so daß die Frau eine schwere innerliche Verletzung erlitt, infolgedessen laut ärztlichem Zeugnis eine Frühgeburt hatte und einen toten Knaben zur Welt brachte. Das glaubte sich der Bruder des Ex-Senatspräsidenten in der Tschechoslowakischen Republik leisten zu können!! Und die heutige Verhandlung? Herr Prašek ließ ein ärztliches Zeugnis einsenden, daß er bettlägerig sei und sich „geistig" erholen müsse, er bitte daher um Vertagung der Verhandlung. Mit Recht forderte heute Staatsanwalt Dr. Jelinek die gerichtsärztliche Untersuchung des ruhen Großgutsbesitzers. Wir werden den Fall wohl „in Evidenz" halten!!

### Raufende Weiber.

**Prag,** 11. Feber. Vor dem Dreirichtersenate unter dem Vorsitze des OSGR. Hloušek hatte sich heute die Božena Hrdličkova, geb. 1897 in Zlichov, zu verantworten, die Arbeiterin Adele Kratka am 12. September 1926 im Verlaufe eines Streites so geschlagen zu haben, daß sie die Kratka zu Boden warf und ihr noch einen Armknochen brach. Die Angeklagte bestritt jede Schuld, sie gab an, von der Kratka beleidigt worden zu sein und berief sich auf die Ehrenbeleidigungsklage, die sie beim Bezirksgericht Smichov eingebracht hat. Die Zeugenaussagen brachten nicht viel Klarheit in diese Affäre, so daß sich das Gericht auf das ärztliche Gutachten stützen mußte, laut welchem die Heilung der Verletzten über 30 Tage in Anspruch nehmen wird. Božena Hrdličkova wurde zu zwei Monaten schweren Kerkers, bedingt auf drei Jahre, und zum Ersatz der Kosten im Betrage von 500 Kronen verurteilt. Sowohl der Verteidiger wie auch Staatsanwalt Dr. Jelinek meldeten Berufung an.

## Literatur.

**Zprávy státního úřadu statistického.** VII. Jhg. Nr. 87, 89. Diese beiden Publikationen sind vielleicht für die breitere Oeffentlichkeit von Interesse, da sie einen Nachweis über die Todesursachen in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1925 und die Zahl der Ehescheidungen erbringen. Danach starben im Jahre 1925 in der Tschechoslowakischen Republik: An epidemischen Krankheiten 7768 Personen, an Tuberkulose (Lunge) 24.594 Personen, an Tuberkulose (andere) 3025 Personen, an Krebs 14.091 Personen, an Nervenkrankheiten 20.268 Personen, an Herzkrankheiten 18.205 Personen, an Lungenentzündung 20.848 Personen, Wöchnerinnen und Säuglinge (bei Geburt) 19.044 Personen, an Marasmus 26.872 Personen, an Selbstmord 3605 Personen. Die Statistik über die Ehescheidungen und Ehetrennungen bringt statistisches Material über das Alter von Mann und Frau, Staatsbürgerschaft der einzelnen Ehegatten, die geschieden wurden, Nationalität, Religion, Altersunterschiede, Kinderzahl, Berufe und Scheidungsgründe. Im Jahre 1919 wurden 6892, 1920 9678, 1921 11.072, 1922 10.954, 1923 9748, 1924 9622 Ehen geschieden, in der Mehrzahl der Fälle suchte die Frau um Scheidung an. Interessant ist, daß dem Religionsbekenntnisse nach am meisten römisch-katholische Ehen geschieden wurden. (1924). — Die Hauptursachen der Ehescheidungen waren: Unreue, Kerkerstrafe, Verlassen eines Gatten, schlechte Behandlung, unordentlicher Lebenswandel, Geisteskrankheit, unüberwindliche Abneigung, Anschläge auf das Leben und ansteckende Krankheit.

**„Současné Rusko"** (Das gegenwärtige Rußland.) Prag 1926. Verlag „Ústav pro studium Ruska". Die in Prag begründete „Anstalt für das Studium Rußlands" bezweckt, den russischen Gelehrten und Forschern, die Emigranten sind und in Prag leben, hier ihre Studien über Rußland fortzusetzen, wobei, wie es in einer Erklärung des Zweckes dieser Anstalt heißt, die Objektivität vollkommen gewahrt werden soll. Die Publikationen, welche die Anstalt bisher russisch herausgab, erscheinen jetzt auch tschechisch. Die erste Publikation befaßt sich mit einer Kritik der agrarischen Reorganisation Rußlands nach dem Kriege, der zweite Band bringt Artikel über die Wohnungsfrage, über die neuen Bodengesetze, über die Agrarfrage in Bulgarien, der dritte Band bietet statistische Nachweise über die einzelnen Sowjet-Republiken in bezug auf Bevölkerungszahl und Bodengröße, befaßt sich eingehend mit einer Darstellung der staatlichen und administrativen Verwaltung dieser einzelnen Republiken, beleuchtet kritisch die Lage der einzelnen Klassen, wie der Bauern, des Industrieproletariates, der Bürokratie, der Intelligenz. Besondere Aufmerksamkeit ist der gegenwärtigen Landwirtschaft gewidmet. Statistisches Material über Viehstand, totes Inventar, Bodenverteilung (alle Angaben in russischen Maßen), über die Kollektivwirtschaft, den Garten-, Obst- und Weinbau Rußlands, die Industrie vor und während des Krieges, der Verfall der russischen Industrie während des „Kriegs-Kommunismus", die Veränderungen durch die neue ökonomische Politik, die gegenwärtige Lage der Industrie Rußlands unter spezieller Berücksichtigung der Lebensmittel-, Baumwoll-, Metall-, Berg- und Petroleumindustrien, über das Transport- und Kreditwesen Rußlands, eine genaue Information über die Finanzen, das Staatsbudget für die einzelnen Republiken, den Geldumlauf, schließlich eine Schilderung über die historische Entwicklung des Bolschewismus seit 1905, die Feber- und Oktoberrevolution und eine Schlußfolgerung über die Programmlosigkeit der Gruppe Zinowjew-Kamenew als Grund ihrer Niederlage sind in Kürze der Inhalt des reichhaltigen dritten Bandes. J. R.

## Kleine Chronik.

**Die Hämorrhoiden,** jene höchst unbeliebten Blutader-Knoten am Darmausgange, sind auf Ursachen verschiedenster Art zurückzuführen. Viel Sitzen und wenig Bewegung, schlechtes Funktionieren des allgemeinen Blutumlaufs, Familien- und Rassendispposition, erschwerte Darmentleerung mit langandauernder Anspannung der Bauchpresse fördern das Auftreten von Hämorrhoiden. Nicht alle Hämorrhoiden verursachen jedoch nennenswerte Beschwerden; andererseits gewöhnen sich auch die Träger der berüchtigten Knoten an den Juckreiz, das Fremdkörpergefühl, die Feuchtigkeit und an die gelegentlichen Blutungen; von letzteren — haima-Blut — rührt übrigens auch der Name her. Meist sind es Entzündungserscheinungen, um derentwillen die „Hämorrhoidarier" den Arzt aufsuchen. Der entzündete Knoten schwillt an und schmerzt ungemein heftig bei Darmentleerungen. Wenn jedoch eine Blutung eintritt, so schwillt der Knoten gewöhnlich ab, und es kann ohne Entzündung vorübergehen. Nur wenn die Beschwerden, vor allem die Afterkrämpfe anhalten, dann entschließt sich der Kranke doch, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Vorbeugung hat zwei Aufgaben zu erfüllen: Erstens die Bildung größerer Knoten zu verhindern, andererseits bestehende Hämorrhoiden vor Entzündung zu bewahren. Um der Prophylaxe willen ist vor allem eine vernünftige Lebensweise erforderlich. Bei Arbeit im Sitzen sorge man für reichliche Bewegung; die Darmträgheit ist mit allen Mitteln zu bekämpfen, kalte Waschungen wirken gefäßverändernd und sind daher sehr zu empfehlen. Bei ausgebildeten Hämorrhoiden kommen die gleichen Maßnahmen in Betracht; besonders Stuhlregelung und Reinlichkeit. Die Knoten selbst sind je nachdem mit Salben und Zäpfchen zu behandeln. Wenn auch eine Blutung nicht selten die Schmerzen lindert, so sollte doch jeder Kranke, der an wiederholten Blutungen leidet, den Arzt rechtzeitig aufsuchen, damit gegebenenfalls eine bösartige Geschwulst am Mastdarm nicht übersehen wird. Bei hochsitzenden „inneren" Hämorrhoiden liegt die Gefahr verborgener Blutungen vor, die zu erheblicher Blutarmut führen können. Die Beseitigung erfolgt durch blutige oder unblutige Methode. Die chirurgische Entfernung wird heutzutage meist mit Hilfe örtlicher Betäubung vorgenommen. Die unblutige Methode besteht in Radiumbestrahlung, Anwendung von Elektrizität, Einspritzungen von Alkohol oder Abbinden des Knotens, dem gegebenenfalls ein Abbrennen oder Ausschneiden folgen kann. Bei einem Kranz von Hämorrhoiden ist die kreisförmige Herausnahme der Knoten — wie jüngst Prof. Lorsch (Burg a. M.) in einer medizinischen Fachzeitschrift ausführte — das erfolgreichste Verfahren.

**Wer hat das Häkeln erfunden?** Die Erfinderin des Häkelns ist wenig bekannt, trotzdem sie erst im Anfang des vorigen Jahrhunderts lebte. Es war eine Irländerin, namens Riego. Sie beobachtete eines Tages, wie Schnitter mit ihren Sicheln aus Stroh eine Art Kette anfertigten, um Garben zusammenzufassen. Sie verfertigte sich ein kleines hakenähnliches Instrument nach Art der Sicheln und versuchte nun mit Erfolg, sich aus feinem Garn ein ähnliches Maschenwerk herzustellen. Nach und nach verbesserte sie ihr Werkzeug, erfand die ganze Fertigkeit des Häkelns und entwarf auch selbst sehr stilvolle Muster, denen sie durch Bearbeitung mit der Nähnadel den Anschein von Point-Lace-Spitzen (Pointleß) gab. Sie lehrte ihre Kunst dann später in einem Kloster in Dublin und die Nonnen dieses Klosters sind noch heute im Besitz aller Häkelnodeln und aller Muster der Erfinderin, deren Name es verdient, der Nachwelt erhalten zu bleiben.

**Genossen!**
**Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!**

## Aus der Partei.

### Jugendbewegung.

**S. J. Prag.** Dienstag, den 15. d. M., wichtige Ausschußsitzung. Da einige dringende Organisationsangelegenheiten zu erledigen sind, bitten wir die Genossinnen und Genossen, bestimmt zu erscheinen. Die Sitzung findet um 8 Uhr abends im „Sozialdemokrat" statt. — Mittwoch, den 16. d. M., Vortragsabend im Verein deutscher Arbeiter.

## Turnen und Sport.

### Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

**Mitglieder, Achtung!**

Spielplatzfrage. Die Verhandlungen, die schon durch längere Zeit wegen Beschaffung von Sommerspielplätzen geführt wurden, stehen vor dem Abschluß. Nächste Woche wird das Ergebnis den Mitgliedern bekanntgegeben werden können.

*

Ausschußsitzung. Dienstag, den 15. Feber um 7 Uhr abends im „Sozialdemokrat" Ausschußsitzung mit sehr wichtiger Tagesordnung. Kein Funktionär darf fehlen!

*

Mitglieder-Versammlung. Freitag, den 18. Feber, abends (Lokal wird noch genannt), Vereinsversammlung. Tagesordnung: Spielplatz- und Gerätefrage, Sommerprogramm.

*

Tennis. Mitglieder, die Vorliebe für das Tennisspiel haben, wollen sich bis nächsten Dienstag beim Turnwart, Genossen Hellmich, melden. Da uns zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen ein Spielplatz angeboten wurde, besteht Aussicht zur Gründung einer Tennisabteilung.

*

Wichtige Turnstunde. Für nächsten Donnerstag (17. Feber) ist uns wieder der Besuch des Bundes-Turnwartes, Genossen Gralfe, zugesagt. Technische Funktionäre an diesem Tage zwischen 6 und 7 Uhr abends in der Turnhalle gestellt. Zu den einzelnen Riegen zahlreiche und pünktliche Beteiligung notwendig. Die Vereinsleitung

Vom **14. Feber** an
**vorteilhafter Einkauf weißer**
**Damen-Wäsche**
**Preise um 20 bis 50 Prozent ermäßigt.**
Beachten Sie die Preise in den Schaufenstern.
**Nur gegen Barzahlung (Abnahme) ohne Umtausch.**
Moderne Damen-Wäsche in einfacher und Luxus-Ausführung besonders billig.
Rudolf Reach
ul. 28. října 10

## Kunst und Wissen.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Heute, Samstag, 7 Uhr: Premiere „Schwalbennest". — Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2½ Uhr, Arbeitschüler-Vorstellung: „Carmen"; 7 Uhr: „Schwalbennest". — Montag, 7 Uhr (84—G): „Lohengrin".

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute, Samstag, 7½ Uhr, neueinstudiert: „Karneval", „Zerbrochener Krug". — Sonntag, 3 Uhr: „Spiel im Schloß"; 7½ Uhr, Gastspiel Leopold Kramer: „Flucht". — Montag, Bankbeamten: „Das Postamt", „Karneval".

**„Der wunderbare Mandarin",** das pantomimische Drama in einem Akt von Lengyel Menghárt, Musik von Béla Bartok, gelangt Samstag, den 19. d. M., zur Erstaufführung. Weiter bringt dieser Abend neueinstudiert Schaffler-Tobelmys Tanzdrama in drei Bildern „Der Schleier der Pierette". In beiden Werken wird das Tänzerpaar Anny Schwaninger und Sascha Leontiew mitwirken. Die Inszenierung und choreographische Einstudierung leitet Oberregisseur Max Semmler a. G. Dirigent: H. W. Steinberg.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Unsere gute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, bezw. Schwester, Frau

**Marie Gehorsam**

ist am Mittwoch, den 9. Feber l. J. sanft verschieden.

Wir haben sie in aller Stille zur letzten Ruhe gebettet.

Im Namen aller Angehörigen
**Hugo Gehorsam**
als Sohn.

**Prag-Weinberge,** im Feber 1917.